

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung**
Wortprotokoll
14. Sitzung

Berlin, den 16.06.2010, 09.00 bis 12.30 Uhr
Sitzungsort: Berlin
Sitzungssaal: Jakob-Kaiser-Haus, Berlin

Vorsitz: Dagmar Wöhrl, MdB

Öffentliche Anhörung zum Thema:

"Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele"

Sachverständige:

Thomas Stelzer	Assistant Secretary-General for Policy Coordination and Inter-Agency Affairs, Department of Economic and Social Affairs (UN-DESA)
Dr. Klaus Seitz	Brot für die Welt, Leiter der Abteilung Politik und Kampagnen
Renate Bähr	Geschäftsführerin DSW
Assibi Napoe	Vorsitzende der Global Campaign for Education
Dr. Antje Schultheis	Programme Officer, Global Policy Forum Europe
Dieter Ernst	Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik (AGE) Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

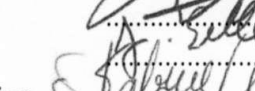

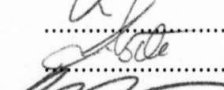
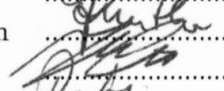
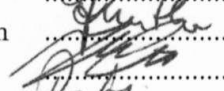
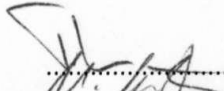
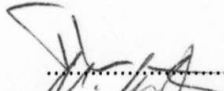
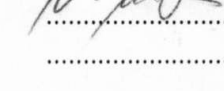

Mittwoch, 16. Juni 2010, 09:00 Uhr

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Fischer (Göttingen), Hartwig		Flosbach, Klaus-Peter	
Hahn, Florian		Götz, Peter	
Haibach, Holger		Grund, Manfred	
Hübinger, Anette		Hörster, Joachim	
Klimke, Jürgen		Jüttner Dr., Egon	
Riegert, Klaus		Klein, Volkmar	
Selle, Johannes		Lämmel, Andreas G.	
Weiss (Wesel I), Sabine		Nüßlein Dr., Georg	
Wöhrl, Dagmar		Ruck Dr., Christian	
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Hendricks Dr., Barbara		Binding (Heidelberg), Lothar	
Kofler Dr., Bärbel		Erler Dr. h.c., Gernot	
Lischka, Burkhard		Schwabe, Frank	
Raabe Dr., Sascha		Tiefensee, Wolfgang	
Roth (Esslingen), Karin		Zöllmer, Manfred	
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Daub, Helga		Koppelin Dr. h.c., Jürgen	
Günther (Plauen), Joachim		Meinhardt, Patrick	
Leibrecht, Harald		Müller-Sönksen, Burkhardt	
Ratjen-Damerau Dr., Christiane		Schuster, Marina	
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Groth, Annette		Bluhm, Heidrun	
Hänsel, Heike		Hunko, Andrej	
Movassat, Niema		Wawzyniak, Halina	
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Hoppe, Thilo		Andreae, Kerstin	
Kekeritz, Uwe		Malczak, Agnes	
Koczy, Ute		Terpe Dr., Harald	

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19)

Mittwoch, 16. Juni 2010, 09:00 Uhr *öff.*

Fraktionsvorsitzende: Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Hamdan, Nasih	FDP	<i>Hamdan</i>
KING	DIE LINKE	<i>Stefan King</i>
CUPERCA	FDP	<i>Cuperca</i>
Moller	SPD	<i>Moller</i>
GATIDS	Ref. für Wirtschaft	<i>Gatids</i>
Pohlmann	CDU / CSU	<i>Pohlmann</i>
.....

**Konzept für die öffentliche Anhörung
des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
zum Thema „Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele“
am 16. Juni 2010**

Einführung

Im September 2000 verabschiedeten 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Millenniumserklärung. Sie beschreibt die Agenda für die internationale Politik im 21. Jahrhundert und legt dafür vier programmatische Handlungsfelder fest:

- Frieden, Sicherheit und Abrüstung,
- Entwicklung und Armutsbekämpfung,
- Schutz der gemeinsamen Umwelt sowie
- Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung.

Die Bekämpfung der weltweiten Armut in allen ihren Ausprägungen wurde zum gemeinsamen überwältigenden Ziel erklärt. Und für die Umsetzung der Erklärung wurden von den Vereinten Nationen acht messbare Ziele, die so genannten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) entwickelt, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen.

Die besondere politische Bedeutung der MDG liegt darin, dass sie für die internationale Entwicklungszusammenarbeit erstmals einen gemeinsamen Bezugsrahmen bilden. Die Hauptverantwortung, die Ziele 1 bis 7 zu erreichen, liegt bei den Entwicklungsländern. Die Industrieländer sind im Rahmen einer neuen globalen Partnerschaft, Ziel 8, gefordert, vor allem die internationalen Rahmenbedingungen für die Erreichung der Ziele zu verbessern, u.a. durch

- die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe,
- die Schaffung fairer Handelsbedingungen, z.B. durch Marktöffnung und den Abbau von Agrarsubventionen in den Industrieländern, oder
- Schuldenerleichterungen, damit auch ärmere Länder ihre Entwicklung vorrangig mit eigenen Mitteln finanzieren können, sowie
- die Unterstützung von good governance Strukturen.

Ablauf

Die Anhörung wird in zwei Runden gegliedert.

In der ersten Runde soll allgemein die bisherige Umsetzung der im Jahre 2000 von 189 Staaten verabschiedeten Millenniumserklärung und der Millenniums-Entwicklungsziele dargelegt werden.

Der zweite Teil bezieht sich konkret auf die Umsetzung einzelner ausgewählter MDG zu den Fragen Hunger, Gesundheit und Bildung (Unterstützung der Entwicklungsländer) und Entwicklungspartnerschaft einschließlich handels- und finanzpolitischer Maßnahmen (in Verantwortung der Industrieländer). Zu diesen Themen hat der Deutsche Bundestag in mehreren Wahlperioden Beschlüsse gefasst und bekräftigt, und sie sind weiterhin Schwerpunkte der Bundesregierung. Die Sachverständigen sollen bei diesem Teil vor allem darlegen, was Deutschland konkret tun kann, um der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 noch näher zu kommen.

I Die Umsetzung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2000 und der UN-Millenniumsentwicklungsziele durch die internationale Gemeinschaft

Auf der Basis der UN-Bestandsaufnahme, die allen Mitgliedern des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie allen Sachverständigen vorliegen wird, soll allgemein der Frage nachgegangen werden, bei welchen der globalen Entwicklungsziele Erfolge oder Teilerfolge zu verzeichnen sind, und welche von der Erreichung am weitesten entfernt sind.

II Der Beitrag Deutschlands zur Umsetzung ausgewählter Millenniumsziele

A Ziel 1 und Ziele 4 + 5 + 6:

Bekämpfung des Hungers, Kindersterblichkeit und Müttergesundheit sowie der Kampf gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose

B Ziel 2:

Allgemeine Primärschulbildung

C Ziel 8:

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft durch Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen: über Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe, über die Schaffung fairer Handelsbedingungen und über Schuldenerleichterungen sowie die Unterstützung von Strukturen für good governance

Beginn der Sitzung: 09.00 Uhr

Die Vorsitzende: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich begrüße Sie ganz herzlich heute Morgen zu unserer ersten Anhörungen in dieser Legislaturperiode. Ich freue mich, dass die Tribüne so zahlreich besetzt ist. Ich begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer. Ich begrüße auch ganz herzlich die Medienvertreter. Ein herzliches "Grüß Gott" meinerseits an unsere Sachverständigen, die sich bereiterklärt haben, mit uns über die sehr wichtigen Millenniumsziele, die wir bis zum Jahre 2015 erreichen wollen, zu diskutieren. Ich begrüße ganz herzlich unsere Staatssekretärin, Frau Kopp.

Es ist bekannt, im Jahr 2000 haben 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Millenniumserklärung unterschrieben. Heute haben wir zehn Jahre später. Ich freue mich auch ganz herzlich, dass Herr Stelzer gekommen ist und uns nachher einen Bericht geben wird, wie der Stand der Dinge ist.

Die Millenniumserklärung beschreibt die Agenda für die internationale Politik im 21. Jahrhundert. Sie hat als programmatische Handlungsfelder festgelegt: Frieden, Sicherheit, Abrüstung, Entwicklung, Armutsbekämpfung, Schutz der gemeinsamen Umwelt sowie Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung. Es ist das erste Mal, dass Bekämpfung der weltweiten Armut zu einem gemeinsamen Ziel erklärt worden ist. Acht Ziele sind festgelegt worden. Ziele, die bis zum Jahre 2015 erreicht werden sollen. Es ist das erste Mal, dass auch ein gemeinsamer Bezugsrahmen gebildet worden ist. Die Hauptverantwortung für die Ziele 1 bis 7 ist den Entwicklungsländern zugeordnet worden, während das Ziel Nummer 8 den Industrieländern zugeordnet worden ist. Das heißt, eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe, Schaffung fairer Handelsbedingungen, Schuldenerleichterung und die Unterstützung von Good Governance-Strukturen. Inwieweit das geschafft worden ist, wo hier noch Mangel besteht, darüber wollen wir heute diskutieren.

Die Fraktionen haben sich folgenden Ablauf geeinigt: Die Anhörung wird in zwei Runden aufgeteilt. In der ersten Runde wollen wir über die allgemeinen Umsetzungen diskutieren, was ist inzwischen passiert seit dem Jahre 2000. Besteht die Chance, dass die Millenniumsziele erreicht werden können? Hier freue ich mich ganz besonders, Herrn Stelzer, der uns anschließend Rede und Antwort stehen wird, begrüßen zu dürfen. Beim Teil zwei werden wir uns detailliert mit den einzelnen Millenniumszielen auseinandersetzen. Die einzelnen Sachverständigen werde ich in der zweiten Runde hierzu noch einmal begrüßen.

Fangen wir mit der ersten Runde an. Wir haben zweieinhalb Stunden zur Verfügung. Für die erste Runde ist zwischen den Fraktionen beschlossen worden, dass Herr Stelzer einführen wird

mit seinem Vortrag von ca. 20 Minuten. Anschließend haben die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, dazu Fragen zu stellen.

Ich bitte aufgrund der kurzen Zeit, die wir heute zur Verfügung haben, von allgemeinen Stellungnahmen Abstand zu nehmen, sondern die Zeit zu nutzen, dass wir hochrangige Sachverständige hier vor Ort haben, denen wir besser wichtige Fragen stellen. Herr Stelzer hat das Wort.

Thomas Stelzer (Assistant Secretary-General for Policy Coordination and Inter-Agency Affairs, Department of Economic and Social Affairs, UN-DESHA): Danke für die Einladung. Bevor ich beginne, sollten wir uns auf die Sprache einigen. Sie wissen, dass Deutsch offiziell keine UNO-Sprache ist. So sind auch meine Unterlagen auf Englisch. Aber da es hier eine deutschsprechende Mehrheit gibt, bin ich gern bereit, meine Ausführung auf Deutsch zu machen. Ich bin gern gekommen. Es kommt nicht so oft vor, dass die UNO eingeladen ist zu einer Anhörung in einem Parlament. Eine Einladung zu einer Anhörung in einem Parlament entspricht dem Trend in den Vereinten Nationen. Jahrzehntlang haben wir fast ausschließlich mit Regierungsvertretern kommuniziert und ihnen eine Plattform gegeben, miteinander zu reden. Der MDG-Gipfel im September ist ein typisches Beispiel eines Stakeholder Summit. Hier geht es nicht nur darum, Regierungsvertreter einzuladen, sondern alle, die ein Interesse haben an den Millennium Development Goals und an deren Umsetzung. Das heißt, Regierungsvertreter, Zivilgesellschaft, Legislative, die Wissenschaft. In den letzten beiden Tagen haben Hearings stattgefunden in New York, in der Generalversammlung für Vertreter der Zivilgesellschaft, die ihre Ideen in den Gipfel eingebracht haben. Das heißt, der Vorbereitungsprozess für den Gipfel ist angelaufen in New York und wird so wichtig sein wie der Gipfel selbst. Nur eine gute Vorbereitung ermöglicht es, einen guten Gipfel zu haben. Das Ergebnis des Gipfels wird ja, wie Sie wissen, ein sogenanntes Outcome Document sein, das in New York verhandelt wird. Nur wenn dieses Outcome Document stark, fokussiert und zukunftsorientiert ist, kann man von einem vollen Erfolg des Gipfels sprechen.

Wir haben vorige Wochen begonnen, dieses Outcome Document in New York zu verhandeln. Die Frage ist, wie bringt man Ideen in diesen Verhandlungsprozess hinein. Dazu gibt es Berichte des Generalsekretärs. Der erste dieser Berichte ist bereits verteilt worden – "Keeping the Promise". Dieser Bericht wurde vor wenigen Monaten vorgestellt. Das ist der erste von drei Berichten, die von der Generalversammlung explizit verlangt wurden. Dieser wurde von den Mittelstaaten positiv aufgenommen. Der zweite Bericht wird nächste Woche am 23.06. vorgestellt vom Generalsekretär. Das ist der jährliche MDG-Bericht der Vereinten Nationen, der besonders wichtig ist, weil er ein Jubiläumsbericht ist. Der dritte der Berichte, der MDG Gap Task Force-Report, der die unerfüllten Bereiche dieser MDGs, der wird Ende Juni erwartet. Normalerweise kommt der Bericht immer im September heraus. Wir haben ihn diesmal

vorgezogen und hoffen, ihn bereits Ende Juni zirkulieren zu können. Dazu gibt es eine Reihe von ergänzenden Berichten, die auf spezifische MDGs Bezug nehmen. Dazu haben wir insgesamt schon fünf Papiere herausgebracht. Heute oder morgen stellt UNDP einen großen Bericht vor, der auch unterstützend ist. Dieser Bericht ist nicht auf derselben Ebene wie die drei verlangten Berichte, aber sehr hilfreich, weil sie auf die Homepage gestellt werden und den Verhandlungen das heutige Wissen und Informationen geben, die dann hoffentlich in den Verhandlungsprozess einfließen werden.

Wo stehen wir mit den MDGs? Das ist die große Frage. Das wird auf dem Gipfel auch analysiert werden. Dieser Gipfel wird ein Ventil werden, wo wir zurückblicken auf die letzten zehn Jahre des Umsetzens. Die MDGs sind im Jahre 2000 verabschiedet worden. Das war ein großer Sprung vorwärts, weil sich die internationale Staatengemeinschaft auf Entwicklungsziele geeinigt hat. Alle diese bereits angenommenen Ziele sind in acht konkrete MDGs gegossen worden mit klaren Fristen und klaren Umsetzungszielen. Heute fragt man sich – und gestern war ein interessanter Bericht der Oxford Analytica, ob das überhaupt so klug war, so konkret zu werden, weil man dann nach zehn oder fünfzehn Jahren zur Rechenschaft gezogen wird. Aber das liegt an Ihnen, das zu entscheiden.

Die Frage des Gipfels ist, wie weit sind wir gekommen und wie können wir die fünf verbleibenden Jahre nutzen, um mit der Umsetzung der MDGs weiterzukommen. Dazu blicken wir auf zehn Jahre Erfahrung zurück, und ziehen aus dieser Vielzahl von Erfahrungen unsere Lehren und versuchen, diese einfach umzusetzen. Wir versuchen auch, unsere Energien und die Mittel zu konzentrieren und auf die letzten fünf Jahre auszurichten.

Das Bild ist geteilt. Während wir bei einigen Zielen weitergekommen sind, hinken wir bei anderen Zielen weit nach. Die Stimmung in New York ist geteilt positiv. „Yes, we can“ unter bestimmten Bedingungen, die wir selbst beeinflussen können und schaffen, wenn wir politischen Willen haben, wenn wir bereit sind, die notwendigen Finanzierungsmöglichkeiten auf diese Ziele auszurichten und wenn es uns gelingt, diese partnerschaftlichen Strukturen aufzubauen mit den Empfängerländern. Hier gibt es natürlich immer wieder Kritik, wie weit ist das Geld, das wir einsetzen, auch wirklich zielgerichtet, ist es effizient eingesetzt. Die Frage der Aid-Efficiency wird auch im ECOSOC heute wieder behandelt, im so genannten Development Cooperation Forum, das vor zwei Wochen vorbereitet wurde in Finnland und in der ersten Juliwoche in New York stattfindet. Da ist Aid-Efficiency ein ganz wichtiger Bereich. Ist dieses Geld, das natürlich auch für die Volksvertreter sehr wichtig ist, sind diese Steuergelder gut eingesetzt, und ist die Rate of Return auch vertretbar unseren Geldgebern gegenüber. Hier muss man sagen, ganz im Allgemeinen, dass viele unserer Partnerländer sehr weit gekommen sind in den letzten zehn Jahren und Strukturen aufgebaut haben und auch bewiesen haben, dass sie es können. Ein sehr unebenes Bild; in einigen Staaten sieht man, dass sie weit gekommen sind, in anderen Staaten, besonders natürlich in der Gegend, die uns am meisten am Herzen liegt, in Subsahara Afrika,

gibt es natürlich noch sehr große Umsetzungsdefizite. Wichtig ist, dass wir gesehen haben, dass gut vorbereitete und zielgerichtet umgesetzte Maßnahmenbündel auch wirklich Erfolg haben können.

Im Bereich des Entwicklungszieles 1 zum Beispiel Armutsbeseitigung haben wir Erfolge erzielt. Während noch immer mehr als ungefähr eineinhalb Milliarden unter dieser sogenannten Armutsgrenze leben, die 1 Dollar war, und dann 2008 auf 1,25 Dollar hinaufgesetzt wurden, gibt es hier aber doch Fortschritte. Allerdings muss man natürlich diese Entwicklungen auch sehen unter dem Prisma der gegenwärtigen Krise, die vor zwei Jahren begonnen hat, diese Finanz-, Wirtschafts- und inzwischen auch Sozialkrise, die noch nicht wirklich durchgeschlagen hat auf viele Ziele. Hier gibt es Fragezeichen. Wie wird sich diese Krise auswirken? Dadurch, dass das für viele Entwicklungsländer äußere Entwicklungen sind, weil diese Krise ja vom Norden in den Süden getragen wurde, gibt es hier eine gewisse Zeitverzögerung. Deshalb sind hier immer gewisse Fragezeichen angebracht in der Bewertung, wie sich diese Krise auswirken wird. Aber hier bei diesem Entwicklungsziel Nummer 1 sind wir weitergekommen.

Große Fortschritte gibt es auch bei Entwicklungsziel 2, auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung. Das ist ein ganz wichtiges MDG, weil es auch so große Auswirkungen auf alle anderen MDGs hat. Diese MDGs kann man nicht isoliert sehen. Ein Privileg aus der Sicht der Vereinten Nationen ist es immer, alles miteinander verschlossen und verzahnt zu sehen. Diese Entwicklungsziele hängen alle miteinander zusammen. Und Entwicklungsziel 2 ist ein ganz klares Ziel, das große Auswirkungen auf die erfolgreiche Umsetzung aller anderen Ziele hat. Hier sind wir weitergekommen, und das ist gerade das Ziel, wo wir auch in Subsahara Afrika Fortschritte erzielen konnten.

Klare Fortschritte konnten auch erzielt werden bei den gesundheitsorientierten MDGs. Die MDGs 4, 5 und 6 besonders, wo es um die Epidemien geht. Klare Interventionen gegen Malaria, HIV/Aids und Masern haben zu großen Erfolgen geführt. In ganz Afrika hat die Verteilung von Netzen gegen die Stechmücken zu großen Erfolgen geführt. Jetzt ist die Frage, ob wir diese Erfolge auch aufrecht erhalten können. Auch bei HIV/AIDS, wo es uns gelungen ist, die Zahl der Empfänger von Antiretroviral Therapien zu vervielfachen. Bei Ziel 4 und 5 schaut das Bild anders aus. Gerade bei Müttergesundheit muss man das am kritischsten sehen. Hier haben wir die geringsten Erfolge erzielt und das ist nicht ganz nachvollziehbar, weil es ein klar beschriebenes MDG ist, wo an und für sich relativ geringfügige Interventionen zu großen Erfolgen führen könnten. Aber hier ist es uns nicht gelungen, die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger genügend auf dieses Ziel zu fixieren. Also hier haben wir sehr große Lücken, und auf dem bevorstehenden G20- und noch mehr G8-Gipfel in Kanada wird das zum Thema gemacht werden.

Diese Erfolge zeigen, dass Fortschritt möglich ist. Gleichzeitig müssen wir aber auch ganz kritisch eingestehen, dass wir auf vielen anderen Gebieten noch zurückliegen. MDG 3, Stärkung

der Rolle der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter, hier gibt es Fortschritte, aber bei weitem nicht genügend. Das wird auch allgemein als ein Entwicklungsziel gesehen, mit den größten positiven möglichen Auswirkungen auf die Umsetzung aller anderen Entwicklungsziele. Aber hier sind wir relativ langsam. Hier geht es hauptsächlich um soziale Attitüden und Normen, die überwunden werden müssen. Es ist uns nicht gelungen, die Zahl von Frauen in den Parlamenten signifikant zu erhöhen, mit einigen positiven Ausnahmen. Es gibt Ausnahmen, Ruanda zum Beispiel, dort ist es gelungen, sogar eine Mehrheit von Frauen in die Parlamente zu bekommen, aber ganz allgemein hinken wir hier nach. Das ist auch ein Bild, das wir uns vor Augen führen müssen. Die Umsetzung ist ungleich, und zwar sowohl global, als auch innerhalb von Staaten. Wann immer wir uns die Zahlen hier anschauen, die Zahlen werden ja in den Medien sehr prominent dargestellt, müssen wir diese mit großer Vorsicht betrachten. Denn erstens haben wir viel zu wenig klare und gute Zahlen, um klare Aussagen zu treffen. Wir hinken mit der Zahl noch hinten nach. Zum Beispiel der jetzige, der letzte Bericht, der nächste Woche vorgestellt wird, hat Zahlenmaterial, das nicht jünger als ein Jahr ist. Das sind natürlich Hypothesen, mit denen wir umgehen müssen. Außerdem sind die Zahlen auch nicht immer ganz verlässlich, es kommt auch drauf an, aus welchem Blickwinkel man sich die Ziele anschaut. Deswegen gibt es einfach immer wieder Diskrepanzen zu den Zahlen. Wenn man sich mit den Zielen wirklich auseinandersetzt, dann nimmt man sich auch die Zeit, sich die Zahlen genauer anzuschauen. Die Presse tut das nicht immer und deswegen werden die Differenzen manchmal sehr hochgespielt, was natürlich jenen, die sich für die Ziele einsetzen, nicht gerade stärkt. Wichtig ist in diesem Bereich Gewalt gegen Frauen als ein ganz wichtiger Faktor, der auch Teil dieses MDG 3 ist.

Beim Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen sind Fortschritte gemacht worden, zumindest teilweise Fortschritte. Die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser hatte, konnte halbiert werden. Also hier gibt es ganz klare Fortschritte. Viel weniger Fortschritte wurden erzielt im Zugang zu Hygiene, zu fortschrittlicher Hygiene, zu Toiletten. Hier gibt es kaum einen Fortschritt. Das ist auch schwer zu verstehen, weil auch hier die Interventionen relativ geringfügig sind und man mit relativ wenig Mitteleinsatz sehr viel erreichen kann. Das sind natürlich Ziele, die wirklich auch eine Wirkung haben auf das Leben der Menschen. Wer sich heute vorstellt, zum Beispiel in Indien, ich hab das selbst nicht gewusst, bis ich dann zwei Jahren auf einer Veranstaltung vor einer indischen NGO war, dass es dort Hunderte Millionen von Frauen gibt, die keinen Zugang zu Toiletten haben. Das müssen sie sich vorstellen, wie dieses Leben aussieht. In einem Land, in dem es kaum Bäume gibt und Büsche, wo es auch keine Toiletten gibt, wo die Frauen deswegen nicht in der Lage sind, sich tagsüber zu erleichtern. Egal, was sie gegessen, getrunken haben, wie sie sich fühlen. Es gibt einfach keinen Zugang zu Toiletten. Und zwar nicht für eine kleine Gruppe von Menschen, sondern für hunderte Millionen Frauen in Indien, einem der aufstrebendsten Länder, die wir heute beobachten können.

Ich meine das ist eine Priorität, die man sich auch vor Augen halten muss, immer wenn wir über die Ziele sprechen. Das sind ja alles keine abstrakten Ziele, sondern sehr wirkliche Ziele. Hier geht es wirklich um das, für wen tun wir das. Wem nützen unsere Anstrengungen hier? Gerade dieser Zugang zu Toiletten und sanitären Einrichtungen, der führt dies sehr klar vor Augen, wie weit wir nachhinken.

Wichtig ist, wenn wir uns die Ziele anschauen, auch vor Augen zu führen, diese großen Ungleichgewichte innerhalb von Gesellschaften und von Staaten. Nicht nur zwischen Arm und Reich, sondern zwischen Menschen, die im ländlichen Bereich leben, die in Städten leben, die Vorteile von geographischen Bedingungen, von Geschlecht, Alter, Bedingungen wie Behinderungen, die kommen natürlich alle hier rein. Ethnische Voraussetzungen tragen zu großen Ungleichgewichten bei. Deswegen müssen wir uns bei der Umsetzung der MDGs gerade auch auf diese verletzlichen Gruppen sehr stark konzentrieren. Isolierte Interventionen haben relativ wenig nachhaltige Wirkung. Sie sind wirkungsvoll nur dann, wenn man sie innerhalb eines gesamten Ansatzes sieht. Man kann gegen gewisse Krankheiten nur dann vorgehen, wenn man ein gewisses Niveau an Gesundheitssystem in einem Land aufbaut. Ansonsten verpuffen diese Anstrengungen.

Bevor ich zu MDG 8 komme, vielleicht noch kurz zu 7. Da geht es um die Umwelt. Hier haben wir auch, wie sie alle wissen, sehr geteilte Fortschritte. Währenddessen es uns gelungen ist, zum Beispiel aufgrund des Montreal Protocols, 98 Prozent aller Schadstoffe, die das Ozon vernichten, heute auszuschalten, sind wir bei CO₂-Ausstößen viel weniger erfolgreich. Sie haben alle noch Kopenhagen vor Augen, vor wenigen Monaten. Jetzt schauen wir auf Cancun, auf die nächste Runde. Gleichzeitig verlieren wir natürlich jedes Jahr dreizehn Millionen Hektar von Waldflächen, trotz der Anstrengung, trotz großer Fortschritte, die wir in Kopenhagen gerade hier erreicht haben. Auch Biodiversity ist hier ein wichtiges Thema.

MDG 8-Finanzierung, ich glaube dazu wird nachher etwas im Besonderen gesagt, ich will das jetzt nicht ganz hochspielen. Aber das ist natürlich eine ganz wichtige Frage, gerade heute im Lichte der wirtschaftlichen Entwicklungen. Und wenn wir uns den OECD-DAC Bericht anschauen, der vor zwei Wochen herausgekommen sind, dann gibt es natürlich gewissen Grund zu Besorgungen. Keine Frage. Wenn der Generalsekretär der Vereinten Nationen gefragt wird, „brauchen wir neues Geld für die Umsetzung der MDGs?“, dann ist seine Antwort immer, „wir brauchen kein neues Geld, was wir brauchen ist Compliance with commitment“. Wir müssen das umsetzen, was wir versprochen haben. Wenn wir das tun, dann haben wir genug Geld in der Kasse, um die Ziele, die wir uns vorgenommen haben auch umzusetzen. Nur hier hinken wir natürlich nach. Sie wissen alle, nach Gleneagle hinken wir alle viele Milliarden Dollar nach, die Afrika zu Gute kommen könnten. Das wird nächste Woche in Kanada besprochen. Hier gibt es eine Deadline, die heute ausläuft. Die Frage ist, wird diese Deadline erneuert? Im Augenblick gibt es einen Grund für große Skepsis hier. Dann die Paris-Erklärungen, die Anhebung der offiziellen

Entwicklungszusammenarbeit auf die berühmten 0,7 Prozent. Das sollten heute 0,51 Prozent sein. Viele Länder hinken nach. Von den 15 EU-Ländern, die dem DAC-Komitee angehören, werden sieben heute ihre Ziele selbst nicht erfüllen. Und das ganze Klima, in dem man heute Entwicklungshilfe sieht, ist zwar nachvollziehbar, aber nicht wirklich rechtfertigbar. Denn diese Entwicklungszusammenarbeit, das sind ja keine Almosen, sondern es sind Investitionen in eine ganzheitliche Welt. Man braucht ja auch den Süden. Und das müssen wir uns einfach vor Augen führen. Sehr oft s wir, das wir ohne den Süden ganz gut auskommen können, man braucht nur den Fernseher abzuschalten. Aber es gibt genug Schnittpunkte in der Geschichte, wo wir es nur schaffen, miteinander einen Erfolg zu erzielen. Und ein typisches Beispiel war Kopenhagen. Wir wissen heute alle, dass der Klimawandel eine wirkliche Bedrohung ist für unsere Zukunft und für unsere Lebensqualität. Und hier kann man eine Lösung einfach nicht herbeiführen, indem 20 sich zusammensetzen und einen Erfolg erzielen, das ist ja in Kopenhagen passiert. Sondern hier kann man Erfolg nur erzielen, wenn alle 192 einen Verhandlungserfolg der 20 umsetzen. Das ist ja die große Frage heute mit dem Global Government, man sieht auf der einen Seite kleine Gruppen von Staaten, die eine Führungsrolle übernehmen. Da muss ich immer die Frage der Legitimierung stellen. Wie kann ich diese Erfolge umsetzen, sodass sie von allen akzeptiert werden? Hier hat die UNO eine ganz wichtige Rolle zu spielen. Die Erfolge der 20 oder 27 Mitglieder, wie viele es immer sind, sind auf die 192 umzusetzen. Und um einen Konsens zu erzielen, brauche ich eben alle an Bord. Und um alle an Bord zu haben, müssen alle das Gefühl haben, dass sie etwas „at stake“ haben, wie wir das in der UN bezeichnen. Und deswegen sind alle Prozesse innerhalb der Vereinten Nationen, diese „ownership building processes“, einfach herauszustreichen, dass es im Interesse Aller ist, gewisse Ziele zu erreichen. Die globalen Ziele sind grenzüberschreitend. Deswegen sind sie global, zu groß, um von einem einzigen Land bewältigt zu werden. Und der Erfolg kann nur garantiert werden, wenn alle mitmachen. Und alle machen nur mit, wenn sie Vertrauen zueinander haben. Und die Brücke wird immer größer, zwischen dem Norden und dem Süden. Das ist ganz klar, der Norden wird immer reicher, und der Süden wird immer ärmer. Das ist völlig klar, auch wenn wir die MDGs erreichen. Denn es sind ja 120 Milliarden Dollar, die wir transferieren in den Süden, und hier stehen in keinem Verhältnis zum Kapitalfluss aus dem Süden in den Norden. Nichtsdestotrotz, die Welt zusammenzubringen und einen Konsens zu erzeugen, wie zum Beispiel im Klimawandel, ist natürlich ein Resultat unserer fortgesetzten Anstrengungen bei den MDGs. Ich war länger als geplant, ich entschuldige dies. Danke.

Der stellvertretende Vorsitzende, Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Stelzer. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir hatten uns darauf geeinigt, dass wir jetzt keine Diskussionsrunde machen mit Statements der verschiedenen Fraktionen, sondern nur

Verständnisrückfragen zulassen und dann die Diskussion nach den einzelnen Vorträgen zu den verschiedenen MDGs führen.

Wir bitten jetzt die anderen Sachverständigen, jeweils in zehn Minuten Stellung zu beziehen. Ich nehme an, bei Herrn Dr. Seitz wird das MDG, den Hunger zu bekämpfen, im Vordergrund stehen. Er ist Vertreter von Brot für die Welt. Wir haben alle Sachverständigen gebeten, nicht sehr allgemein zu sprechen, sondern sehr stark sich darauf zu fokussieren, was jetzt getan werden muss, damit wir der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele noch näher kommen und was genau die Herausforderung für die Bundesregierung und auch für unseren Ausschuss ist.

Ich bitte jetzt Herrn Dr. Seitz um seinen Vortrag.

Dr. Klaus Seitz (Brot für die Welt): Lieber Herr Hoppe, liebe Frau Wöhrle, meine Damen und Herren. Erlauben Sie mir trotzdem kurz eine allgemeine Vorbemerkung zu den MDGs selbst, bevor ich konkret auf das MDG eins – Bekämpfung von Hunger und Armut – eingehe. Diese Vorbemerkung erscheint mir deshalb wichtig, weil, wenn wir den Stand der Umsetzung dieses Zieles betrachten wollen, uns vor Augen führen sollten, dass das Referenzsystem, mit dem wir das Armutsproblem betrachten, anhand der MDGs aus meiner Sicht sehr unzulänglich ist. Wir werden dem eigentlichen Problem von Hunger und Armut damit nicht annähernd gerecht.

Sie wissen, die Geschichte der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist geprägt von ambitionierten Vorsätzen, deren Umsetzung meist am unzureichenden politischen Willen scheiterte, oftmals aber auch an der Unzulänglichkeit der politischen Konzepte, ihnen zu begegnen. Ich hatte mir jüngst einmal den Pearson Report vorgenommen. Das war der Abrechnungsbericht zur ersten Entwicklungsdekade. Und gewissermaßen lassen sich da MDGs als Ersatz für die fünfte Entwicklungsdekade ab dem Jahr 2000 betrachten. Dieser Report hat deutlich gemacht, dass die makroökonomischen Ziele annähernd nicht erreicht worden sind. Er hat auch deutlich gemacht, dass das Konzept, das damals der ersten Entwicklungsdekade zugrunde lag, über Wirtschaftswachstum Armut überwinden zu wollen, und zwar von oben herab nicht greifen kann. Er hat das damals vorherrschende Konzept Armut zu überwinden als gescheitert erklärt. Ich bin gespannt, wie die Generalabrechnung nach dem Ende dieser fünften Entwicklungsdekade im Jahre 2015 ausfallen wird, ob nicht die Unzulänglichkeit der Konzepte, mit denen wir das Armutsproblem angehen wollen, auch auf dem Kritikpunkt steht. Hinsichtlich der Hungerbekämpfung speziell sind sehr weitreichende Ziele formuliert worden. Ich will daran erinnern, dass bei der Welternährungskonferenz 1974 formuliert worden war, die Idee, die gemeinsame Verpflichtung der Staaten, dass bis zum Ende dieses Jahrzehntes, kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen soll und keine Familie mehr um das Brot für den nächsten Tag zittern muss. Dieses sehr ambitionierte Ziel der 70er Jahre ist auf der Welternährungskonferenz 1996 dahingehend abgeschwächt worden, dass man sagte, wir wollen bis zum Jahre 2015 wenigstens die Zahl der Hungernden halbieren. Sie wissen, die MDGs haben das noch einmal dahingehend

relativiert, dass es nun heißt, den Anteil der Hungernden an der Bevölkerung soll halbiert werden bis 2015. Inzwischen interpretieren die Vereinten Nationen das MDG eins dahingehend, dass es darum geht, den Anteil der extrem Armen an der Bevölkerung der Entwicklungsländer zu reduzieren, was eine weitere Schmälerung der ursprünglichen Reduktionserfordernisse mit sich bringt. Es ist im Grunde einer Verwässerung des großen Versprechens von Rom, die dazu führt, so hat es zumindest Thomas Pogge ausgerechnet, dass im Jahr 2015 491 Millionen extrem Arme zusätzlich moralisch akzeptiert werden. Auch wenn dies dann als Erfolg des Erreichens der MDGs interpretiert werden darf. 491 Millionen zusätzlich extreme Arme in der Welt, das sind jährlich sechs Millionen zusätzliche Todesfälle aus armutsbedingten, also vermeidbaren Ursachen.

Für das Jahr 2015 wird derzeit von der Weltbank angegeben, das geht jetzt über die Zahlen, die im letzten MDG-Report 2009 vorlagen, hinaus, dass nach der derzeitigen Krise, selbst wenn sich die Staaten des Südens rasch erholen sollten, wovon im Moment nicht auszugehen ist, die Zahl der extrem Armen bei 18 Millionen liegen wird. Im Falle, wenn die Erholung nicht so schnell vonstatten geht, wird sie weit über einer Milliarde liegen. Das ist trotzdem Zielerreichung. Die Erreichung des MDG-Zieles Halbierung des Anteils der extrem Armen ist außerordentlich wahrscheinlich. Der Anteil wurde von 42 Prozent im Jahre 1990 jetzt im Jahr 2009 auf 25 Prozent erreicht. Es ist davon auszugehen, dass man das bis 21 Prozent der Zielgröße im Jahr 2015 auch erreichen wird. Aber, Ziel erreicht im Jahr 2015 trotz über einer Milliarde Armen, das bedeutet nach wie vor, dass jeder fünfte Mensch in bitterer Armut lebt, das ärmste Fünftel der Weltbevölkerung weiterhin weniger als ein Prozent des Welteinkommens zur Verfügung hat. Die MDGs zielen so gesehen bestenfalls auf eine Halbierung des Problems und bleiben auf dem Weg zur Lösung und zu Lösungsansätzen für die Herausforderung der globalen Armut auf halber Strecke stehen. Noch bedenklicher als die sukzessiven Abschwächungen, die ständigen Vertagungen der Zielsetzungen der internationalen Staatengemeinschaft ist, dass die MDGs von einem sehr reduzierten, weitgehend auf qualitative Indikatoren beschränkten Armutsbekämpfung ausgehen, der nicht dem Armutsverständnis entspricht, wie es die sozialen Bewegungen, die kirchlichen und nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen begreifen. Unter diesen Vorzeichen ist selbst für den Fall, dass es gelingen sollte, die qualitativen Ziele der MDGs zu realisieren, nicht auszuschließen, dass sich die Lebenssituation von Millionen von Menschen, die in extremer Armut leben, tatsächlich wenig geändert hat. Das zwingt uns heute schon hier und jetzt über das Jahr 2015 hinauszudenken. Es ist ein Präverensystem, die MDGs für die internationale Staatengemeinschaft, für das wir alle Kraftanstrengungen brauchen, um es zu erzielen. Es sind Minimalziele, aber sie können nicht das komplette Referenzsystem sein für eine armutsorientierte Entwicklungspolitik.

Eine kurze Beurteilung der Ziele, Herr Stelzer hat dazu Einiges gesagt zu MDG eins, Armut. Es umfasst drei Teilziele. Einerseits, den Anteil der extrem Armen zu reduzieren. Zweitens, den

Anteil der Hungernden an der Bevölkerung zu reduzieren. Und zum Dritten ein Ziel, das später hinzu kam, produktive Vollbeschäftigung für alle zu realisieren. Zu diesem dritten Ziel möchte ich jetzt nicht viel sagen bis auf den kleinen Hinweis, dass es erschütternd ist zu sehen, dass mehr als ein Fünftel derer, die produktiv tätig sind, einer Erwerbstätigkeit nachgehen, auch in extremer Armut leben. Trotz Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten, sind diese für ein Fünftel der Erwerbstätigen weltweit so schlecht, dass sie davon nicht hinreichend leben können.

Dass das Ziel MDG 1 im Blick auf die Armutsziele vermutlich erreichbar sein wird trotz der Auswirkungen der Finanzkrise, hatte ich bereits erwähnt. Aber hier muss man die regionalen Differenzen deutlich sehen. Es verdankt sich vor allem den großen Fortschritten in Ostasien. Ostasien hat das MDG 1 quasi schon heute erreicht. Auch wenn man China abzieht, ist trotzdem eine Steigerung der extrem Armen weltweit festzustellen. Viele andere Regionen der Welt würden dieses Ziel voraussichtlich nicht erreichen.

Viel dramatischer sieht es im Bereich des Hungerzieles aus. Dort muss man nach dem jetzigen Stand der Dinge davon ausgehen, dass es nicht gelingen wird, den Anteil der Hungernden bis zum Jahr 2015 auch auf globaler Ebene zu halbieren. Sie wissen, dass die Zahl der Hungernden momentan von der FAO mit über einer Milliarde Menschen angegeben wird. Diese Zahl ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das bedeutet, dass noch nie so viele Menschen Hunger litten auf diesem reichen Planeten, wie zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Im Jahr 2008 konnte der Anteil der Hungernden an der Bevölkerung der Entwicklungsländer auf nur 17 Prozent reduziert werden. Zielgröße für 2015 wäre zehn Prozent. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass es gelingt, das zu lösen, zumal die jetzige Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen für den Süden dazu führen, dass in bestimmten Regionen, zum Beispiel in Asien, in den letzten zwei Jahren die Zahl der Hungernden wieder gestiegen ist. Noch besorgniserregender sind die Ergebnisse eines Indikators zum MDG 1, nämlich die Zahl der Kinder unter fünf Jahren, die Hunger leiden und unterernährt sind. Da konnte bislang von 1990 bis 2005 nur eine Reduktion von 31 auf 26 Prozent erzielt werden. Also quasi gar kein Erfolg, weil dieses Minimale aufgefrisst wird durch die jetzigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. In Südasien ist nach wie vor jedes zweite Kind unter fünf Jahren unterernährt. Ein kurzes Wort zu den Ursachen. Und daraus einige Empfehlungen für die Handlungsstrategien der Hungerkrise insbesondere. Ich bin erstaunt darüber, dass der Fortschrittsbericht des UN-Generalsekretärs auf diese Ursachen überhaupt nicht eingeht. Ich denke, eine wichtige Hauptursache ist eine extreme Vernachlässigung der ländlichen Entwicklung seitens der Geberstaaten wie der Staaten des Südens selbst. Der Anteil der ODA-Mittel, die für ländliche Entwicklung eingesetzt worden sind, lag in den 80er Jahren noch bei rund 80 Prozent. Der ist im Jahre 2006 international auf vier Prozent gesunken. In Deutschland liegt er im Moment wieder bei 5,9 Prozent unser Mittel. Das ist aus unserer Sicht viel zu wenig. In der Maputo-Erklärung haben sich afrikanische Staaten verpflichtet, zehn Prozent ihrer eigenen Haushaltsmittel für ländliche

Entwicklung auszugeben. Das ist bislang in den meisten afrikanischen Staaten nicht umgesetzt worden. Im Gegenteil, die ländliche Entwicklung wird weiter vernachlässigt. Diese zehn Prozent wären eine vernünftige Ziellinie sowohl für die Staaten des Südens wie für die Geberstaaten, mehr in die ländliche Entwicklung zu investieren. Vor allem aus dem Grund, weil die Mehrzahl der Hungernden, 80 Prozent, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sind, das heißt, auf dem Lande leben. Es geht also nicht primär darum, das Potential des Landes zur Versorgung der Städte zu nutzen, sondern zunächst dafür zu sorgen, dass die Menschen, die vom Lande leben, aber meisten auf marginalisierten Böden Land haben, dass sie die Möglichkeit haben, sich selbst zu ernähren.

Weitere Ursachen sind enorme Preisspekulationen im Jahre 2008, die zu einer hohen Preissteigerung der Nahrungsmittelpreise geführt haben, so dass sich viele keine Nahrungsmittel mehr kaufen konnten. Gestern hat die FAO eine Studie vorgelegt, in der sie davon ausgeht, dass nach einer kurzen Erholung der Preise für die nächste Dekade wieder eine weitere Steigerung von 40 Prozent im Getreidebereich zu erwarten ist. Das hat verheerende Folgen für diejenigen, die kein Geld haben, sich zusätzliche Nahrungsmittel zu kaufen. Ein wichtiger Faktor, der die Ernährungssituation maßgeblich mit beeinträchtigt hat – das sind die enormen negativen Auswirkungen der europäischen Agrarhandelspolitik, die durch Dumpingexporte und Exporterstattungen die Potentiale der Ernährung und der Landwirtschaft im Süden unterläuft und gleichzeitig enormer Ressourcen bedarf. Allein 20 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche werden für den Sojabedarf der europäischen Veredlungslandwirtschaft in Übersee benötigt. Das ist ein Zehntel der landwirtschaftlichen Nutzfläche, so dass die Potentiale der Ernährungssicherung untergraben werden.

Ein weiterer Faktor, den man nicht vernachlässigen sollte, ist der Klimawandel. Wir können im Moment noch davon ausgehen, Hunger ist primär ein Verteilungsproblem, weil in der Welt tatsächlich genügend produziert wird. Im Jahr 2008 wurde noch mal ein Rekord an Getreide von 2,2 Milliarden Tonnen eingefahren. Aber ob das so bleibt, ist angesichts des Klimawandels und der bereits feststellbaren Ertragsminderungen in vielen marginalen Regionen ein großes Fragezeichen.

Schließlich will ich noch eine weitere, eine letzte Ursache an dieser Stelle benennen. Ausführliches können Sie in dem Statement nachlesen, das Ihnen vorliegt. Es ist die Unzulänglichkeit der Strategien der bisherigen Armutsbekämpfung. Wir mussten in unserer eigenen Arbeit von Brot für die Welt feststellen, dass wir mit den bisherigen Strategien von einer Armutsbekämpfung, die das Empowerment der Zielgruppen vor Augen haben und vor Augen haben, wie man sie in Erwerbsmöglichkeiten bringen kann, dass damit die Ärmsten der Armen in der Regel nicht erreicht werden. Der Anteil des ärmsten Fünftels der Weltbevölkerung am Gesamtkonsum in der Welt ist in den letzten Jahren weiter gesunken. Man muss einfach sehen, dass es zunehmend Zielgruppen gibt, nehmen wir zum Beispiel die alten Menschen – es ist in

den Entwicklungsländern mit einer Vervierfachung der Zahl der über Sechzigjährigen zu rechnen – das sind Menschen, die zum Teil nicht mehr in der Lage sind, sich in ausreichender Form selbst zu helfen. Für diese Menschen wird es notwendig sein, ergänzend Systeme sozialer Sicherung aufzubauen. Das führt mich auf Empfehlungen, was geschehen soll. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir den Vorschlag von VENRO, der gestern vorgelegt worden ist, Frau Bähr wird auch noch einmal darauf eingehen, ausdrücklich unterstützen, nämlich dass die Bundesregierung einen konsequenten Aktionsplan für die nächsten fünf Jahre zur Erreichung der Millenniumsziele erarbeitet und ihn im September nach New York mitnehmen soll. Ein Aktionsplan, der auf jeden Fall eine konsequente armutsorientierende deutsche Entwicklungszusammenarbeit beinhalten muss, der beinhalten muss, dass eine integrale Einbeziehung der Menschenrechte in den Prozess der Umsetzung der MDGs erfolgt, wie es zum Beispiel das Aide-Mémoire des Forums Menschenrechte gefordert hat und zwangsläufig eine volle Bereitstellung der vereinbarten Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit gemäß dem EU-Stufenplan, von dem Deutschland nach wie vor weit entfernt ist.

Ich will es bei diesen Bemerkungen belassen. Details, und zwar Empfehlungen an die Bundesregierung und an den Bundestag, können Sie in dem ausführlichen Papier, das Ihnen vorliegt, nachlesen.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Seitz. Vielen Dank, dass Sie auf die wichtige Problematik der ländlichen Entwicklung eingegangen sind. Sie wissen, dass die Regierung ein spezielles Augenmerk auf diesen Bereich legt. Sie haben vollkommen Recht, wenn man die Zahlen anschaut, dass vier Prozent, die Sie auch genannt haben, von ODA-Mitteln nur für diesen Bereich verwendet werden, dass das bei weitem nicht ausreicht. Ich gebe das Wort jetzt an Frau Bähr.

Renate Bähr (Geschäftsführerin DSW): Herzlichen Dank, Frau Wöhrl. Zunächst einmal mein Dank, hier sprechen zu dürfen bei dieser sehr wichtigen Sitzung. Diese Woche ist hier im Bundestag die Woche der MDGs, des MDG-Gipfels. Herr Seitz war so nett und hat schon darauf hingewiesen als Mitglied des Vorstands von VENRO. Wir haben gestern unsere Empfehlungen vorgestellt, die in der Tat im Kern zusammengefasst als wichtige Grundforderung den Aktionsplan der Bundesregierung fordert. Wir brauchen einen verbindlichen Plan, wie der Beitrag Deutschlands zur Bekämpfung von Armut in der Welt sein wird.

Mein schriftliches Statement müsste Ihnen auch vorliegen. Es ist entstanden in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der neugegründeten VENRO-AG "Gesundheit". Dass es diese AG "Gesundheit" gibt, ist gleichzeitig ein Zeichen dafür, dass den Gesundheits-MDGs zunehmend auch in diesem Bereich eine größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Meine zehn Minuten möchte ich gern dafür nutzen, Ihnen noch mal deutlich zu machen, warum gerade die

Gesundheits-MDGs so zentral sind zur Erreichung der gesamten Millenniumsziele. Es ist richtig, und ich möchte hier nicht die Ziele gegeneinander ausspielen, aber es immer wieder deutlich, dass das eine mit dem anderen zusammenhängt. Nicht umsonst sind drei der acht Millenniumsziele in der Tat Gesundheitsziele. Man kann das ganz simpel formulieren. Denn nur gesunde Kinder können Bildung in Anspruch nehmen, nur gesunde Menschen können arbeiten und Werte produzieren. Um Menschen, die gestorben sind, brauchen wir uns gar nicht zu kümmern. Gesundheit ist deshalb ein zentrales Gut. Wenn wir jetzt auf die letzten zehn Jahre zurückblicken – Herr Stelzer ist vorhin schon einmal sehr ausführlich auf die Ziele 4, 5 und 6 eingegangen – gibt es in der Tat Fortschritte. Man muss es also nicht so negativ sehen. Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren ist gesunken. Der Zugang zu anti-retorischen Behandlungen gerade im Bereich HIV/AIDS ist deutlich gestiegen. Es ist eines der Ziele, die am besten erreicht worden sind. Was die Gesundheit von Frauen angeht, gerade die Sterbefälle im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt, da hat es über Jahre keine Veränderung gegeben. Es gibt neuere Studien. Eine ist vor zwei Monaten erschienen, die uns im Moment Hoffnung schöpfen lässt und zum ersten Mal sagt, die Zahl dieser Frauen ist gesunken. Ich denke, es braucht noch weitere Studien und Untersuchungen, aber es gibt zumindest Licht am Ende des Tunnels. Ich finde das sehr ermutigend. Es ist aber auch klar, wenn wir so weitermachen die nächsten fünf Jahre, werden wir die Gesundheitsziele nicht erreichen. Noch immer sterben 7,7 Millionen Kinder aus vermeidbaren Gründen, wie Durchfall oder Lungenentzündung oder Malaria, trotz der Fortschritte. Jährlich sterben weiterhin 300 bis 400 Tausend Frauen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt. Ganz wesentlich hängt das zusammen mit den schlechten Gesundheitssystemen. Über 50 Prozent der Frauen entbinden zu Hause oder Frauen, die auf dem Weg zum Krankenhaus sterben, weil in ihrem Dorf keine Gesundheitsstationen vorhanden sind und es keine Hebamme gibt. Das ist eigentlich ein Skandal in heutigen Zeiten. Es wird viel darüber diskutiert, ob die Forderung nach mehr Geld nicht zu einseitig ist. Dann heißt es, ohne die vorhandenen Strukturen vor Ort gelangen die Gelder sowieso nicht zu den Menschen, die Hilfe benötigen. Doch gerade diese Strukturen müssen neu aufgebaut werden. Da gibt es riesige Lücken in den Gesundheitshaushalten der Empfängerländer, die geschlossen werden müssen, gerade in den afrikanischen Ländern. Wenn hier nichts passiert, sehe ich keine Verbesserung der Gesundheit.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gerne noch einen anderen Punkt erwähnen, der häufig in der entwicklungspolitischen Diskussion ein wenig unter den Tisch fällt, obwohl er im Bewusstsein der meisten schon vorhanden ist. Ein Punkt, der dazu beiträgt, dass alle MDGs sich langsamer entwickeln, als wir wollen. Und das ist das immer noch rasante Wachstum der Bevölkerung in den ärmsten Ländern. Ganz besonders in Subsahara Afrika. Da leben heute 800 Millionen Menschen. Wir gehen davon aus, dass sich diese Zahl bis Mitte dieses Jahrhunderts mehr als verdoppelt. Das Ziel der Hungernden hat man zunächst in absoluten Zahlen ausgedrückt.

Zunehmend geht man dazu über, das nur noch in Anteilen zu formulieren. Das hat sicherlich ganz wesentliche Gründe in der Frage des Bevölkerungswachstums. Allein in der letzten Dekade hat sich global gesehen die Weltbevölkerung von sechs Milliarden zur Jahrtausendwende auf fast sieben Milliarden Menschen erhöht. Ich möchte noch einmal sagen, welche Auswirkungen das auch beim Thema Bildung hat. In Subsahara Afrika sind 43 Prozent der Menschen jünger als 15 Jahre, also fast jeder Zweite. Im Vergleich zu Deutschland – hier sind es 15 Prozent, also jeder Siebte. Allein wenn man den bestehenden Bedarf decken will, ist es eine große Herausforderung. Wenn man einen ständig wachsenden Bedarf decken will, ist es eine noch größere.

Ein anderes Thema ist Wasser. Wir gehen davon aus, dass im Jahr 2025 – das sind Zahlen der UN – zwei Drittel der Bevölkerung unter Wassermangel leiden wird. Das sind die Auswirkungen. Kommen wir zurück auf das Thema Gesundheit. Warum sind die Gesundheits-MDGs gerade vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums so wichtig? Es gibt zum Beispiel einen direkten Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Kindersterblichkeitsrate. Weniger häufige und zeitlich besser gestaffelte Schwangerschaften können die Sterblichkeit auch gerade bei Kindern um 60 Prozent senken.

Ein anderes großes Thema ist immer noch, dass es einen riesigen ungedeckten Bedarf an Familienplanung gibt. 200 Millionen Paare würden verhüten, aber können es nicht, weil sie keinen Zugang zu Verhütungsmitteln haben, weil ihnen die Aufklärung fehlt, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Das ist ein riesiges Versäumnis. Ich war gerade in Uganda. Deutschland ist auch Mitglied der Reproductive Health Supplies, ein weltweiter Verbund, der versucht, diesem Mangel zu begegnen. Es gibt auch da Verbesserungen, aber längst nicht das, was möglich wäre. Und die Investition ist nicht groß.

Dritter und letzter Punkt, um noch einmal zu belegen, warum Gesundheit so wichtig ist. Das sind Zahlen von UNICEF, die klar sagen, wenn die Kindersterblichkeitsrate sinkt, dann sinkt auch gleichzeitig das Bedürfnis von Menschen nach mehr Kindern. Wenn Sie wissen, Ihr Kinder überlebt über das fünfte Lebensjahr hinaus, dann sagt man, ich möchte meinem Kind etwas Gutes tun und nicht mehr Kinder haben. In Ländern, in denen die AIDS-Infektion sehr hoch ist, steigt automatisch die Zahl der Schwangerschaften und Geburten. Das sind Kausalitäten, die deutlich machen, wie wichtig es ist, dass wir Gutes in diese Millenniumsziele investieren.

Wir erleben es in unseren Länderbüros. Die deutsche Stiftung Weltbevölkerung hat in Ostafrika vier Länderbüros, in denen unsere Mitarbeiter tätig sind und im Bereich der Prävention und Aufklärung arbeiten. Sie erleben permanent vor Ort, wie dramatisch die Situation im Bereich der Gesundheitsversorgung ist, gerade auch für junge schwangere Mädchen. Wir hatten vor drei Wochen einige Abgeordnete eingeladen nach Uganda. Da haben Mitarbeiter von uns gezeigt, wie Krankenhäuser aussehen, wie Frauen entbinden müssen – nämlich auf dem Flur liegend unter schlechten hygienischen Bedingungen. Es ist einfach ein Skandal!

Konkret noch einige Zahlen. Uganda – da wird das Müttersterblichkeitsziel sicher nicht erreicht werden können. Da können wir uns noch so anstrengen. Dort sterben im Moment 550 Frauen auf 100 000 Lebendgeburten. Das ist grausame Realität. Die Bevölkerung in Uganda wächst jährlich um 3,4 Prozent. Wir gehen davon, dass sich zur Mitte des Jahrhunderts die Bevölkerung von 30 Millionen auf über 90 Millionen verdreifacht haben wird.

Kenia – ein Land, das sich in den 70er und 80er Jahren durchaus auch in dem Bereich der Gesundheit und der Müttergesundheit entwickelt hat. Dort sind die Zahlen auch der Müttersterblichkeit gestiegen. Auch die Anwendung von Familienplanung stagniert. Wir denken, dass viel getan werden muss. Ich will noch einmal ein Plädoyer für die ländliche Entwicklung aussprechen auch aus dem Bereich der Gesundheitsversorgung. Wenn man schaut, welche Geburten betreut sind und welche nicht, so sind es auf dem Land 25 Prozent der Frauen und 75 Prozent der Frauen in der Stadt. Grund für diese Missstände – ich hatte es schon gesagt – ist das unzulängliche Gesundheitssystem, zum anderen könnten auch viele Todesfälle in der Tat gerade bei Frauen reduziert werden, wenn der Zugang zu Informationen über die sexuelle und regulative Gesundheit und Verhütungsmitteln gewährt würde. Gerade beim dem Ziel 5, die Müttersterblichkeit zu senken, ist im Jahr 2005 noch mal das Ziel deutlich und explizit in den Katalog aufgenommen worden, den Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung für alle Frauen zu ermöglichen. Das war ursprünglich nicht drin. Wir wissen, heute werden weltweit für den Bereich der reproduktiven Gesundheit und der Schwangerenbetreuung zehn Milliarden Euro aufgebracht. Es bedarf aber doppelt so viel, um die Müttersterblichkeit um 70 Prozent und die Säuglingssterblichkeit um rund 50 Prozent zu senken.

Es ist nicht so wahnsinnig viel. Wir sind in Zeiten von wenig Geld. Natürlich ist es eine Frage, aber wenn man vergleicht, wie viel bzw. wie wenig aufgebracht werden müsste, um die Situation im Gesundheitsbereich weltweit zu ändern, dann ist das eine Herausforderung, die man meistern kann.

Ich begrüße sehr, dass Gesundheit ein Schlüsselsektor ist, wird im Koalitionsvertrag jetzt extra erwähnt, und auch Familienplanung in den Partnerländern, zumindest wird es immer wieder bekundet, dass es ein wichtiger Bereich ist. Schwer nachvollziehbar ist für mich, warum es im Jahr 2010 zu Kürzungen gekommen ist – beim UN-Bevölkerungsfonds zum Beispiel, der sich explizit im Bereich der Frauengesundheit engagiert. Da ist von 18 Millionen auf 14,2 Millionen gekürzt worden. Und bei der International Planned Parenthood Federation, dem Dachverband Pro Familia, von fünf auf vier. Auch bei der Frage der Microbicide-Forschung, bei der sich die Bundesregierung engagiert hat. Hier besteht die Möglichkeit, den Frauen etwas an die Hand zu geben, mit dem sie sich vor HIV/AIDS-Infektionen schützen können. Es ist zurzeit unklar, wie die Förderung weitergehen wird. Ich höre immer wieder die Eindrittel-/Zweidrittel-Regelung, die hier im Wege steht, warum man im multilateralen Bereich nicht im gewünschten Umfang agieren kann. In dem Zusammenhang überrascht mich dann auch, dass gleichzeitig die bilaterale

Zielgröße für Gesundheit ebenfalls zurückgegangen ist, und zwar von 150 Millionen auf 135 Millionen.

Ich denke, zum Thema Geld allgemein kommen wir noch. Ich hoffe, dass meine Rede deutlich gemacht hat, wie wichtig die Gesundheits-MDGs zur Erreichung aller MDGs sind. Ich hoffe sehr, dass die Bundesregierung durch Investitionen ihr Engagement in diesem Bereich zeigen wird in den nächsten Jahren und wir damit Armut lindern können. Ich danke für die Aufmerksamkeit und stehe für Fragen gern zur Verfügung.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Bähr. Wir fahren fort mit Frau Assibi Napoe. Sie ist Vorsitzende der Global Campaign for Education. Sie wird uns berichten über allgemeine Primärschulbildung.

Assibi Napoe (Global Campaign for Education): Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren, ich fühle mich geehrt und freue mich über die Gelegenheit, heute hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich danke insbesondere den Veranstaltern dafür, dass sie das möglich gemacht haben. Ich danke Ihnen herzlich im Namen der Global Campaign for Education, die ich hier vertrete. Die globale Kampagne für Bildung vertritt Bildung als ein Menschenrecht und setzt sich dafür ein, öffentlichen Druck auf die Regierungen und internationale verantwortliche Institutionen auszuüben, damit alle Kinder Zugang zu freier Bildung bekommen können. Bildung sollte öffentlich und kostenlos organisiert sein. Zwei der Millenniumsziele betreffen uns unmittelbar, zwei von den acht Zielen, die im September 2000 verabschiedet wurden. Diese entsprechen dem, was in Dakar beim Weltgipfel für Bildung diskutiert wurde. Es gibt die Erklärung von Dakar, die sich darauf konzentriert, bis zum Jahr 2015 eine Grundschulbildung im Primärbildungsbereich für alle zu gewährleisten und das unter Berücksichtigung des Millenniumsziels, das Geschlechter-Gerechtigkeit gewährleisten möchte. Die Ziele, die in Dakar verabschiedet wurden, sollen gleichzeitig die einzelnen Betroffenen in ihrem Bewusstsein stärken, dass sie sich für ihre Rechte einsetzen und dass sie zur Entwicklung ihrer Gesellschaft beitragen. Die Verbindung zwischen Bildung und anderen Vorzügen der Entwicklung sind wohl bekannt. Die Qualität der Bildung ist ein ganz wichtiges Element, um die anderen Millenniumsziele zu erreichen. Diejenigen, die hier bereits gesprochen haben, meine Vorredner und Vorrednerinnen, haben mich noch einmal davon überzeugt, dass Bildung tatsächlich ein elementares Element ist, ein wichtiger Aspekt vor allen Dingen in Afrika. Bildung ist ein Instrument, um Armut zu bekämpfen und um Hunger zu mindern. Bessere Schulbildung hat ganz eng mit der Förderung der Wirtschaft und mit einem besseren Leben des Einzelnen in der Gesellschaft zu tun. Gleichzeitig ist es ein Beitrag zu einer besseren Gesundheitsversorgung, weniger Müttersterblichkeit und anderes geht damit einher. Die Lebenschancen von Kindern, deren Mütter selbst Bildung genossen haben, ist doppelt so hoch, wie die der anderen Kinder und

das gleiche gilt natürlich auch für die Gesundheit und Hygieneerziehung in den Familien. Bildung ist enorm wichtig in der Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten. Gebildete Menschen können sich schützen und Prävention betreiben. Gerade im Bereich HIV/Aids zeigt sich, dass die Infektionsrate nur halb so hoch ist bei denjenigen, die als Kinder zumindest eine Grundschule besucht haben. Bildung ist auch ein wesentlicher Faktor, um Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu fördern. Bildung ist ein Menschenrecht und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Daher ist Fortschritt um Bildung für alle zu erreichen, wie das im entsprechenden Millenniumsziel fest geschrieben ist, eine Aufgabe, die wir mit Dringlichkeit verfolgen müssen.

Schauen wir mal, welche Fortschritte wir in diesem Bereich erzielt haben? Als die Millenniumsziele verabschiedet wurden, gab es insgesamt 115 Millionen Kinder im Schulalter, die nicht in der Grundschule waren. Es gibt zahlreiche internationale Berichte, die betonen, dass seitdem einiges erreicht worden ist und mehr und mehr Kinder in die Schule gehen. Die Zahl der Kinder, die in die Grundschule gehen, ist insgesamt weltweit um mehr als 40 Millionen gestiegen. In Asien, in der Pazifikregion, in der Karibik und in Lateinamerika ist es fast möglich gewesen, alle Kinder in die Schulen zu bringen. Problematischer sieht es noch aus in Subsahara-Afrika, aber auch dort ist in den letzten drei Jahren einiges geschehen. In Subsahara-Afrika haben wir einen Anstieg bei der Beschulung von 58 auf 74 Prozent und die Zahl der Schulabbrecher ist von 58 auf 54 Prozent zurück gegangen. Auch der Unterschied bei der Beschulung von Jungen und Mädchen ist praktisch überwunden. Nichts desto weniger müssen wir konstatieren, dass trotz des Fortschritts noch sehr viel zu tun bleibt.

Der Bericht zum Thema Bildung aus dem Jahr 2010 erwähnt, dass 72 Millionen schulpflichtige Kinder im Jahr 2007 nicht in der Schule waren und die Hälfte von diesen in Subsahara-Afrika. Ungefähr 54 Prozent der Kinder, die nicht zur Schule gehen, sind Mädchen. In meiner Region sind es ungefähr 12 Millionen Mädchen, die niemals zur Schule gehen und nicht angemeldet werden. Insgesamt sind 56 Millionen Kinder nach wie vor auch im Jahr 2015 vermutlich nicht in der Schule und es wird immer noch so sein, dass weniger Mädchen als Jungen zur Schule gehen. Kinderhandel und Gewalt ist ein großes Problem in Ländern wie Gabun, Benin, Ghana, Elfenbeinküste, Nigeria, Togo und anderen.

Zu Gender: Wir konstatieren aktuell eine Geschlechterkluft in der Bildung. In den vielen afrikanischen Ländern sind es über 20 Prozent der Mädchen, die Schulabbrecherinnen sind. Es gibt dafür kulturelle und religiöse Gründe. Dann heiraten die Mädchen sehr früh und sie bekommen sehr früh Kinder. Bildungsqualität und Qualität insgesamt ist eine große Aufgabe für Afrika. Bisher haben die Länder auf dem afrikanischen Kontinent mit den Anforderungen nicht Schritt halten können. Es sind nicht genug Kinder, die in die Schulen geschickt werden. Wir haben darüber hinaus einen enormen Lehrermangel. Wir haben Länder, in denen ein Lehrer oder eine Lehrerin bis zu 80 Kinder und in einzelnen Ländern sogar bis zu 150 Kinder unterrichten

muss. Da sind natürlich auch die Schulabbrecherraten drastisch hoch. Die Kinder verlassen die Schulen, noch bevor sie grundlegende Fähigkeiten erwerben. Lehrermangel ist ein massives Problem. Es gibt 12 Millionen professionelle Lehrer und Lehrerinnen in Afrika, die bis zum Jahr 2015 tatsächlich das Millenniumsziel im Bereich der Primärbildung erreichen sollen. Insofern ist ein Engagement in diesem Bereich enorm wichtig. Vor allen Dingen in den frankophonen Ländern Burkina Faso, Senegal, Tschad und anderen arbeiten zu 60 Prozent Vertragslehrer, Personen, die angeworben werden, um Unterricht zu geben, ohne dass sie selbst dafür qualifiziert werden. Dann gibt es Länder wie Ghana, Uganda, Gambia, Tansania und Botswana, wo Lehrer und Lehrerinnen ihren Job an den Nagel hängen, weil sie extrem wenig Geld verdienen und weil es kaum Förderung für die Schulen seitens der Eltern der Kinder gibt. Die Länder, die Konflikte in den letzten Jahren durchlebt haben, in denen es Kriege gab und ähnliches, weisen eine große Zahl von Kindern auf, die nicht zur Schule gehen. Die Länder leiden unter enormen Problemen, was Finanzen, menschliche Kapazitäten und die Infrastruktur angeht. Die demokratische Republik Kongo, Liberia, Sierra Leone und Somalia sind Länder, in denen ein Bildungssystem mit Priorität überhaupt erst aufgebaut werden muss, damit das Recht auf Bildung gewährt werden kann.

Zur Bildungsfinanzierung: Es wird heute mehr Geld für Bildung zur Verfügung gestellt und es ist tatsächlich auch bis zum Jahr 2007 mehr bezahlt worden. Dennoch ist in den letzten Jahren die Gesamtsumme unter vier Milliarden Dollar pro Jahr gesunken, im Gegensatz zu den 16 Milliarden, die gebraucht würden, wie die Berichte der Global Campaign for Education konstatieren. Die meisten G8-Länder erklären, dass Bildung wichtig sei. Aber die schwächsten Performer in der G8 bei der Erfüllung dieser Aufgabe sind Italien, die USA, Japan und Deutschland. Tut mir leid, dass ich das hier so sagen muss. Jedes Land von diesen gibt weniger als 20 Prozent der Gelder, die gebraucht würden. Ich sage Deutschland und ich sage das, weil in den letzten beiden Jahren Deutschland seine Hilfen um 12 Prozent reduziert hat. Außerdem ist es die Wirtschaftskrise, die wir im Kopf haben müssen. Wir gehen davon aus, dass diese weiteren Druck für die Staatshaushalte, die für Bildung zur Verfügung gestellt werden, ausüben wird. Die UNESCO geht davon aus, dass sich das in Zahlen beziffert in einer Höhe von 4,6 Milliarden manifestieren wird. Das ist ein Rückgang von ungefähr 10 Prozent für die Grundschulbildung. Das betrifft natürlich wiederum insbesondere die Länder in Afrika. Gebraucht würden eigentlich weitere sieben Milliarden pro Jahr. Wir haben also eine große Finanzierungslücke und insofern wird es sehr schwer werden, die Millenniumsziele vor allen in den ärmeren Ländern zu erreichen. Es sind große Summen, die fehlen – bis 16 Milliarden. Es gibt eine große Zahl von Kindern, die nicht zur Schule gehen und die zur Schule gehen sollten.

Die Frage ist, was können wir tun, um die Millenniumsziele tatsächlich zu erreichen? Wir brauchen eine Strategie und eine Reihe von konkreten Maßnahmen. Wir müssen zusammen arbeiten und partnerschaftlich agieren, Regierungen zusammen mit NGOs, mit der

Zivilgesellschaft und unterstützt durch die internationale Gemeinschaft. Das ist eine wichtige Maßnahme, die gemeinsam ergriffen werden muss. Um bis zum Jahr 2015 eine universelle Primärbildung zu erreichen, müssen Schulsysteme, in denen wir weit entfernt sind von diesem Ziel, hingehen und Schulen bauen, Lehrer und Lehrerinnen ausbilden und die Qualität der Bildung steigern. Es müssen umfassende Maßnahmen ergriffen werden, um Lehrer und Lehrerinnen einzustellen. Es muss intensiv gearbeitet werden an den Curricular und Lehrplänen und das im Wissen, dass man tatsächlich bis zum Jahr 2015 eine universelle Beschulung im Primärschulbereich erreichen will. Man muss aber, um das zu erreichen, tatsächlich auch an vielen Punkten ansetzen, um das Ergebnis zu erreichen. Wir sind davon überzeugt, dass die Regierungen die Verantwortung tragen, diese Ziele erreichen können. Sie haben sich zu diesen Zielen verpflichtet. Die internationalen Agenturen und auch die Geldgeber sowie die NGOs sind dabei. Die Länder dürfen sich also nicht von ihren eigentlichen Verpflichtungen abwenden. Sie müssen sehen, wozu sie sich verpflichtet haben, auch wenn sie jetzt selbst eine Krise durchleben. Wir appellieren daher an den Deutschen Bundestag, sich führend in den Debatten zu engagieren, in denen es um mehr Engagement für die Bildung geht. Unsere Kinder müssen die Möglichkeit haben, ihr Recht auf eine qualitätsvolle Bildung in den Schulen zu leben. Die Staaten müssen ihre Pflichten erfüllen, freie verpflichtende Grundschulbildung anzubieten, entsprechend der UN-Konventionen über die Kinderrechte. Niemand sollte die Chance verweigert bekommen, tatsächlich eine qualitätsvolle Grundschulbildung zu erreichen, nur weil man sich diese nicht leisten kann. Die Länder der Welt, vor allen Dingen die reichen Länder der Welt, müssen diese Pflichten, die sie eingegangen sind, respektieren und sich stärker im Bereich Bildung engagieren. Wir wollen diese 16 Milliarden Dollar, die gebraucht werden, um die Kluft zu schließen, von der ich eben sprach, damit 75 Millionen Kinder, die vor den Schultoren warten, die Schulen betreten können. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Napoe.

Wir kommen jetzt zu Frau Dr. Schultheis, Programme Officer, Global Policy Forum Europe.

Dr. Antje Schultheis (Global Policy Forum Europe): Vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr, dass diese Anhörung zum Thema MDGs stattfindet. Meine Stellungnahme liegt Ihnen vor. Ich hatte eigentlich eine PowerPoint-Präsentation vorbereitet, aber mit Blick auf die Zeit und auf die Raumstruktur habe ich entschieden, es nicht zu machen. Zehn Prozent würden wahrscheinlich gar nichts sehen. 40 Prozent nur eingeschränkt. Da werde ich mich lieber auf die hundertprozentige Hörfähigkeit verlassen, damit wir wenigsten heute ein Ziel erreichen.

Mein Input ist zwei Teile untergliedert. Erstens in eine Bilanz. Zweitens, was kann die Regierung tun, eine Aktionsagenda für die Umsetzung des MDG 8, worauf ich mich heute fokussieren will.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise war hier ab und zu schon Thema. Ich möchte jetzt hier noch etwas mehr dazu sagen. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ist laut jüngstem Weltbankbericht im Global Monitoring Report, der im April 2010 herauskam, die Umsetzung der MDGs um einiges zurückgeworfen worden. Dies darf aber nicht als Entschuldigung dienen, denn die Krise kam schließlich nicht aus dem Nichts, sondern wurde letztlich im Norden generiert. Somit ist der Druck zur Umsetzung der MDGs um einiges höher, gerade für die Regierungen des Nordens. Oder um es mit den Worten von Ban Ki-mun zu sagen: Die Notwendigkeit, die Umsetzung des MDG 8 voranzutreiben, hat inzwischen die Ausmaße eines Notstandes erreicht, statt lediglich nur eine dringende Angelegenheit zu sein.

Die derzeitigen Diskussionen, auch im Parlament, um die Transaktionssteuer zeigen, dass der Bedarf nach einer Schaffung von internationalen Rahmenbedingungen und einem Steuer- und Finanzsystem groß ist. Jetzt ist also die Chance für substanzielle Umstrukturierungen, die eine globale Partnerschaft, um die es im MDG 8 geht, tatsächlich mit Leben füllt – jenseits von Lippenbekenntnissen und monetären Geldzusagen. Die MDGs dienen dabei als ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu einem Rahmenwerk, in dem das Wirtschafts- und Finanzsystem nicht in Konkurrenz stehen sollte zu einem menschenrechtsbasierten Entwicklungsansatz, der menschliche Sicherheit, umweltverträgliches Handeln, Decent Work und gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt stellt.

Setzt man allein die Stabilisierungsmaßnahmen des Soffin von fast 220 Milliarden Euro – 28 Milliarden sind davon an die Banken ausgezahlt worden – ins Verhältnis zur deutschen ODA von knapp 10 Milliarden Euro im Jahr 2009 wird deutlich, was möglich ist, wenn die Notwendigkeit erst mal erkannt ist. Zudem gibt es ja die innovativen Vorschläge, wie Finanztransaktionssteuer, die mit ihren jährlichen geschätzten Einnahmen von 25 Milliarden Euro allein für Deutschland, eine Win-win-Option versprechen.

Das MDG 8 visiert eine globale Entwicklungspartnerschaft an. Hier in der Kürze der Zeit möchte ich mich auf drei wesentliche Punkte konzentrieren. Zum einen die Steigerung der Entwicklungshilfe, der ODA-Quote. Zweitens die Entschuldungsmaßnahmen bzw. Schuldentragfähigkeit für Entwicklungsländer herstellen. Drittens ein paar Worte zu einem regelgestützten, nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystem. Vorab aber eine Bemerkung: Beim MDG 8 ist es im Gegensatz zu den anderen MDGs wesentlich schwieriger, die Fortschritte formal zu ermitteln, da es hier, im Gegensatz zu den anderen MDGs, kaum Zahlenvorgaben gibt.

Dennoch, im weiteren Kontext haben wir ein paar Verpflichtungen. Da will ich mich auf den Monterrey Consensus von 2002 beziehen und seine Bekräftigung von 2008, den EU-Stufenplan vom 2005 zur Erhöhung der ODA auf 0,7 Prozent bis 2015. Ich erzähle hier nichts Neues, aber ich will es noch mal kurz sagen, und auch das G8-Ergebnis von Gleneagles zur Erhöhung der ODA speziell für Subsahara Afrika erwähnen. Auch die Regierung hat das 0,7-Prozent-Ziel in der

Koalitionsvereinbarung zu stehen und auch in einer Regierungserklärung bekräftigt. Inwieweit haben die Regierungen bisher ihre Verpflichtungen erfüllt?

Zum ersten Punkt, zu den ODA-Zahlen. Positiv auf internationaler Ebene kann man hervorheben in absoluten Zahlen – wir müssen immer unterscheiden zwischen absoluten Zahlen und den Prozentzahlen gemessen am Bruttonationaleinkommen. In den letzten acht Jahren gab es einen Anstieg der ODA-Zahlung auf internationaler Ebene. Wir waren im Jahre 2008 bei 122 Milliarden US-Dollar, aber wir sind im Zeichen der Krise schon wieder um drei Milliarden US-Dollar gesunken. Es war zwar ein Anstieg in den letzten acht Jahren, das wird immer positiv hervorgehoben, aber in Prozentzahlen heißt das nur 0,31 Prozent. Außerdem sind die Zahlen der letzten acht Jahr insgesamt viel niedriger als sie je in den 70er und 80er Jahren waren.

In Deutschland wird auch die Zahl von 14 Milliarden für 2008 positiv hervorgehoben, aber in 2009 ist sie auch schon wieder auf knapp 12 Milliarden gesunken. Wie es für dieses Jahr aussieht, ist noch nicht absehbar. In Prozentzahlen heißt das, wir haben ein Absinken von 0,38 Prozent. 0,35 Prozent, gemessen an dem 0,7-Prozent-Ziel, sind ein großes und blamables Defizit. In dem EU-Stufenplan ist 2010 konkret das 0,51-Prozent-Ziel als Etappenziel vorgesehen. Da sind wir mit 0,35 Prozent sehr weit von entfernt.

Noch etwas zu den Absolut- und Prozentzahlen. Es wird immer hervorgehoben, dass in absoluten Zahlen Deutschland relativ weit vorn liegt im internationalen Vergleich. Aber auch da muss man wieder die Prozentzahl ansehen, da belegt Deutschland nämlich den sechszehnten Platz, also den 17. Platz von 24. Um diesem 0,7-Prozent-Ziel gerecht zu werden, müsste Deutschland jedes Jahr 1,97 Milliarden Euro zusätzlich investieren.

Die Doha-Runde, die 2001 ausgerufen worden ist und als Entwicklungsrunde deklariert wurde, ist sehr ins Schleppen geraten. Viele sagen, sie ist auch schon inoffiziell gescheitert. Fakt ist, die Entwicklungsländer sind mit ihren politischen Interessen und auch im partizipativen Prozess in dieser Entwicklungsrunde bisher sehr wenig eingebunden worden. Insofern kann man auch jetzt der Doha-Runde nicht vom Prozess her nachweinen, aber inhaltlich ist es problematisch, dass die Versprechen, die von der EU gemacht worden sind, die Agrarexportsubventionen bis 2013 abzubauen, ohne Doha-Runde keine Rechtsverbindlichkeit haben. Hier noch einmal der Appell: Die Agrarexportsubventionen abzubauen gehört zu den wichtigen Forderungen eines fairen Welthandelssystems – mit oder ohne Doha-Runde.

Dadurch, dass die multilateralen Verhandlungen ins Schleppen geraten sind, sprießen überall die bilateralen und multilateralen oder plurilateralen Abkommen. Mittlerweile sind es über Zweieinhalb Tausend bilaterale und plurilaterale Freihandelsabkommen. Hätte ich jetzt meine Powerpoint würde ich hier meine Spaghetti Bowl an die Wand werfen. Keiner überblickt es mehr. Es ist für viele Entwicklungsländer viel schwieriger, die Verhandlungen nachzuvollziehen. Weil es gerade in bestimmten Investitions- und Freihandelsabkommen Klageverfahren gibt, haben

Entwicklungsländer hier besonders große Schwierigkeiten, ihre entwicklungs- und industriepolitische Gestaltungsspielräume aufrecht zu erhalten.

Wir sprachen viel von der ländlichen Entwicklung. Gerade hier ist der Agrarmarkt von der relativ aggressiven Zugangsstrategie der EU bedroht, wenn es diese Schutzmechanismen nicht mehr gibt.

Kommen wir jetzt zur Entschuldung. Hier kann man positiv nennen, dass die längst überfällige HIPC-Entschuldung fortgeschritten ist. 35 von 40 Ländern haben Anfang 2009 den Completion point erreicht. Dabei handelt es sich um 24 Milliarden US-Dollar. Das ist im Verhältnis zu den Gesamtschulden, die es auch noch im privaten Bereich gibt, nicht besonders viel. Die neuesten Schätzungen der weltweiten Schulden der Entwicklungsländer belaufen sich auf 3,7 Billionen US-Dollar. Im Zeichen der Finanzkrise wird angenommen, dass sich nicht nur die HIPC-Länder, sondern auch weitere Länder sogar wieder zu verschulden drohen. 14 Entwicklungsländer liegen sogar nach Angaben des IWF unter einem hohen Risiko und sieben sind sogar wieder neu verschuldet. Das heißt, die Fortschritte der HIPC-Initiative drohen, zunichte gemacht zu werden. Interessant ist, dass die Verschuldung wieder viel stärker in einem hohen Maße allein getätigt worden gegenüber dem IWF.

Insgesamt muss man zum Schuldenthema sagen, in der Zeit zwischen 2003 und 2007 sind außerordentlich hohe Anleihen auf dem privaten Finanzmarkt getätigt worden, die jetzt ab 2009 wieder fällig werden. Und dies im Kontext von fehlenden Exporteinnahmen, Rohstoffpreisverfall im Zeichen der Finanzkrise und auch von Währungsverfall im Vergleich zum Dollar ist jetzt die Schuldendienstquote für diese Länder, die auf dem privaten Markt hohe Anleihen getätigt haben, wieder enorm gestiegen.

Ich komme jetzt zu meinen zweiten Block, den Empfehlungen an die Regierung für eine Aktionsagenda für das MDG 8. Das ist spiegelbildlich zu den drei Punkten, die ich eben kurz vorgestellt habe. Erstens, Entwicklungsfinanzierung stärken. Hier schlägt das Global Policy Forum vor, dass man erst mal bei den Ressourcen im Süden beginnt, dass man dort Kapital- und Steuerflucht eindämmt. Deshalb muss die Verknüpfung mit dem Finanzsystem einhergehen mit einer Eindämmung der Steueroasen. Dazu gehört auch die Gründung einer International Governmental Commission on Tax Matters, die unter dem Dach der UN platziert werden sollte. Finanztransaktionen mit Länder, die nicht kooperationsbereit sind, sollten sanktioniert werden.

Zweitens, hier komme ich wieder zur ODA. Der Norden muss Wort halten. Der Stufenplan zur Erhöhung der ODA sollte umgesetzt werden. Es sollten nationale Stufenpläne zur Umsetzung der ODA-Quote eingerichtet werden, damit klar ist, wie viel jedes Jahr bis 2015 erhöht wird. Dazu gehört auch, dass man schaut, dass die ODA qualitativ wieder besser strukturiert wird, mehr Geld für ländliche Entwicklung bereitgestellt wird, weil das mit der Schlüssel ist.

Zusätzliche Finanzquellen erschließen, das hatte ich eingangs gesagt. Hier kann man die Finanztransaktionssteuer oder Steuer gegen Armut noch mal anführen. Allein bei 0,05 Prozent

wären es jährlich 25 Milliarden allein in Deutschland. Weltweit kursieren Zahlen zwischen 200 und 300 Milliarden, die zusammenkämen.

Nächster Punkt: Handels- und Finanzsystem gerechter gestalten. Die Regierungen müssen an Rahmenbedingungen arbeiten, bei denen die mit Entwicklungs-, Agrar-, Umwelt- und Arbeitsmarktfragen befassten UN-Organisationen eng in die Diskussionen um eine Neuausrichtung des Handelssystems einbezogen werden. Damit das Handels- und Finanzsystem transparenter und symmetrischer wird. Konkret für den Agrarhandel heißt es, die Agrarexportsubventionen müssen dringend abgebaut werden, aber auch die Agrarsubventionen verzerren die Märkte und ziehen das Ziel des Marktzugangs ins Absurde, wenn hier weiterhin hohe Agrarsubventionen in der EU gezahlt werden. Der Marktzugang als solcher muss verbessert werden. Zoll- und quotenfreier Zugang für die Exportgüter aus Least Developed Countries, aber auch anderen Entwicklungsländern, die wirtschaftlich wenig integriert sind, ist zentral. Regionale Märkte müssen gestützt werden und gestärkt werden und dürfen nicht durch Freihandelsabkommen bedroht werden. Die industrielle Entwicklung, ländliche Entwicklung, soll an den Bedürfnissen vor Ort ausgerichtet sein, um sie nachhaltig zu machen. Durch kurzfristige Exportnachfragen, wie wir das jetzt gesehen haben, sind die Produzenten sehr verwundbar. Die einheimischen Zulieferungsketten werden in dem Zuge gestärkt, was auch einer nachhaltigen Entwicklung entspricht. Zwischenzeitlich müssen tarifäre und nichttarifäre Schutzmaßnahme für Entwicklungsländer zugelassen werden.

Zum Bereich Freihandelsabkommen, das sagte ich bereits, dürfen die entwicklungs- und industriepolitischen Gestaltungsspielräume dürfen nicht beschnitten werden und es sollen auch keine Investor to state-Klageverfahren eingerichtet werden.

Drittens und letztens. Die Verschuldungskrise, die droht, muss abgewendet werden. Dafür müssen illegitime Schulden gestrichen werden und die Gläubigermitverantwortung muss rechtlich verankert werden. Dazu gehört auch, dass die Schuldentragfähigkeit neu definiert werden muss. Abschließend brauchen wir ein faires und transparentes internationales Insolvenzverfahren, damit wir letztlich, und das waren meine pragmatischen Forderungen, allgemein hinkommen zu einem menschenrechtsbasierten Entwicklungsansatz. Das muss auch weitergedacht werden nach 2015 – ein Rahmenwerk für globale Entwicklungsziele, denn die MDGs sind nur ein Minimumentwicklungsziele. Langfristig bedarf es substanzieller und systemischer Reformen, um die Rahmenbedingungen für eine globale Entwicklungspartnerschaft auszubauen. Dazu gehört die soziale Sicherung, die menschenwürdige Arbeit, das Recht auf Entwicklung, Demokratie und zivilgesellschaftliche Partizipation, wie wir es heute hier machen. Dann brauchen wir letztlich ein neues Wohlstandsmodell, das sich auf ganzheitlichen Entwicklungs- und Wohlstandsmodellen neu besinnt – die diskutierten Konzepte des Well-being, des Buen-Vivir-Ansatzes müssen belebt werden. Deswegen hier, an einem Ort der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe, der

Appell, sich der Verantwortung, aber auch der Notwendigkeit bewusst zu werden, eine globale Partnerschaft für eine menschenrechtsbasierte Entwicklung aktiv und umgehend auszugestalten und auf dem Weg die MDGs als erstes Etappenziel umzusetzen. Vielen Dank!

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Last but not least Herr Ernst vom BDI, der dort die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik führt.

Dieter Ernst (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik (AGE), Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI): Vielen Dank, Frau Wöhrl, meine Damen und Herren Abgeordnete, ich will versuchen, den ersten Preis in der Einhaltung der vorgegebenen Rednerzeit zu machen. Ich werde darauf verzichten, zu wiederholen, was alles schon gesagt worden ist. Ich will mich auch nicht mit der Analyse, wo stehen wir, beschäftigen, sondern aus der Sicht der AGE, des BDI und der Wirtschaft ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen.

Erstens: Zwei Vorbemerkungen. Wir halten es für problematisch, wenn wir einzeln die MDGs durchdeklinieren, weil allein der Zusammenhang Wasser, Gesundheit, Bildung, Armut und Genderfragen schon zeigt, dass sie letztlich alle miteinander zusammenhängen. Der zweite Punkt ist natürlich, dass wir sehr viel über Subsahara-Afrika gehört haben, weil das eine besondere Problematik ist. Nicht vergleichbar mit Ostasien, aber die Herausforderung haben wir letztlich global, so dass es sehr schwer ist, dann auch in generellen Kategorien zu reden. Es wird Sie nicht verwundern, dass aus unserer Sicht die Chancen einer Partnerschaft mit der Wirtschaft und dem Privatsektor hier eine große Rolle spielen sollen und in der Vergangenheit auch zu wenig genutzt worden sind. Was heißt das? Warum ist das ein zielführender Ansatz? Weil es letztlich unserer Überzeugung nach die beste Voraussetzung auch für die Erfüllung der MDGs, funktionierende Märkte, Entwicklung des Privatsektors, Entwicklung von kleinen mittelständischen Unternehmen und entsprechender Strukturen ist. Man kann das wunderbar sehen bei den Stichworten Mobilfunk und Mikrofinanzierung, wo sich erstaunliche Effekte ergeben haben, die wenig mit öffentlicher Förderung oder Budgetfinanzierung zu tun haben. Das heißt, der Ansatzpunkt ist an der Stelle die Initiierung, Verstärkung, Ermöglichung von privaten Direktinvestitionen, die letztlich der Dreh- und Angelpunkt einer wirtschaftlichen Entwicklung sind. Um das auch gleich zu sagen, es ist überhaupt keine Frage, dass Wirtschaftswachstum allein kein Mittel zur Armutsbekämpfung ist. Da müssen andere Voraussetzungen dazu kommen. Aber auf der anderen Seite - ohne wirtschaftliche Entwicklung ist keine Armutsbekämpfung möglich. Deswegen denke ich, ist das ein Ansatz, der aus unserer Sicht zielführend ist. Was heißt das jetzt ganz konkret, dass so übergreifend eine stärkere Verschränkung der Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den Zielen und Mechanismen der Wirtschaft wünschenswert ist? Natürlich, wenn wir an Direktinvestitionen denken, dann sind Rahmenbedingungen ein wesentlicher Faktor, das heißt Institution Building, Good Government, Rechtssicherheit. In

Deutschland, für unsere Politik bedeutet das, dass die alte Diskussion einer besseren Verschränkung zwischen Außenpolitik, Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit erforderlich ist. Hier glauben wir, dass die Linie, die das BMZ jetzt in der Richtung programmiert, sehr zielführend ist.

Ein paar Ansätze zu ein paar Einzelfragen: Ich komme ja persönlich aus dem Wassersektor. Das ist von daher auch eine der Grundlagen. Wasser ist Leben. Ohne Wasser keine Entwicklung, auch keine wirtschaftliche. Wir haben - und das ist auch ein Beitrag des Privatsektors in der deutschen Industrie – den Verein German Water Partnership mit der Konzentration der Kompetenzen der deutschen Wasserwirtschaft im Ausland gegründet, auch im Hinblick auf Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Verschränkung mit der Forschung ist uns an der Stelle ganz wichtig, weil wir glauben, dass die klassischen Instrumente von der Technik bis zu soziologischen Fragen verbesserungsfähig sind. Da gibt es auch interessante Forschungsvorhaben. Eine Herausforderung sind Finanzierungsthemen. Wir sind dabei, neue Modelle zu erarbeiten und gemeinsam mit der Politik, aber auch dem privaten Finanzierungsgewerbe, zu erörtern, wie wir die Verschränkung von öffentlichen Mitteln und privaten Mitteln besser und zielgerichteter entwickeln können. Letztlich ist Wasser in seiner Komplexität nicht in erster Linie ein technisches Problem. Wir müssen nicht, wenn wir ein Wasserproblem haben, einfach die Produktion erhöhen, sondern wir müssen viel intelligentere Modelle fahren, um dieser Frage gerecht zu werden. Insofern ist das ein Beispiel.

Ein zweites Beispiel: Wir haben in der Gesundheitswirtschaft, auch mit der GTZ zusammen, eine Initiative gegründet, die auch die Unterstützung der Politik findet, zur Entwicklung des Krankenhauses als Nukleus einer Entwicklung einer Gesundheitsversorgung. Auch das ist ein wichtiger Ansatz. Stichworte sind die Rohstoffinitiative, die wir zusammen mit dem BMWi gerade entwickeln, das Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Da gibt es natürlich eine Verschränkung zum Thema Klimawandel, der eine wesentliche Herausforderung an der Stelle ist und last but not least die Verkehrsinfrastruktur, weil ohne eine Verkehrsinfrastruktur auch keine Entwicklung möglich ist, auch wenn es anscheinend nicht gleich einen Zusammenhang mit den MDGs gibt.

Zum Thema Bildungsförderung: Das ist auch aus unserer Sicht das zentrale Thema für eine nachhaltige langfristige Entwicklung. Hier sind wir ohne Frage hinter her. Was heißt das für ein paar konkrete Themen? Die Erweiterung der außenwirtschaftlichen Garantieinstrumente ist uns ein Anliegen. Der Ausbau des PPP-Instrumentariums in Zusammenarbeit mit allen Durchführungsorganisationen, vor allen Dingen mit dem Schwerpunkt KMU-Förderung, Innovationskooperationen auszubauen. Es gibt Spielräume und Dinge, auch außerhalb des bisher Gedachten etwas anders zu machen. Ich denke, die müssen wir viel mehr ins Auge fassen, um wirklich zu nachhaltigen Ergebnissen zu kommen. Bildungsförderung hat auch was mit Infrastruktur zu tun – ein wichtiger Zusammenhang und dem Ausbau der

Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Es ist gar keine Frage, das Stichwort "handelspolitische Maßnahmen" aufzugreifen, wo wir nachhaltig auch ein Interesse daran haben, dass die Grundsätze der Doha-Runde zu einem positiven Abschluss geführt werden. Ich denke, alle wissen um die politische Komplexität dieses Themas. Standardisierte Regelwerke in den Entwicklungsländern ist ein wichtiges Thema für Rahmenbedingungen. Schutz des geistigen Eigentums und die Transparenz auch von Vergabeverfahren hängt letztlich auch mit der Frage zusammen, inwieweit ein Engagement des Privatsektors an der Stelle möglich ist.

Unser Thema sind weniger die Budgets und die Mittelhöhe, sondern Strukturen zu finden und zu entwickeln, die die Erreichung der MDGs verbessern und vor allen Dingen die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der Ressourcen und der Akteure verbessern, um damit insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor zu befördern. Wir glauben, dass das ein nachhaltiger Beitrag zur Erreichung der MDGs sein kann. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Ich bedanke mich auch vor allem deswegen, dass Sie die Zeit wirklich eingehalten haben. Wir sind sehr weit fortgeschritten mit der Zeit. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir jetzt die Fragen der Kollegen sammeln, die sich gemeldet haben. Wir haben acht Wortmeldungen. Wir haben nur noch 35 Minuten! Und diese dann in einer Runde kurz beantworten. Ich gebe das Wort dem Kollegen Raabe.

Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD): Herzlichen Dank für die vielen guten und wichtigen Beiträge, die sie geleistet haben. Wir können als SPD-Fraktion besonders die Forderungen nach einem konkreten Aktionsplan unterstützen. Um es der Bundesregierung leichter zu machen, haben wir auch einen Antrag im Bundestag, der morgen debattiert wird, der eigentlich ein Aktionsplan ist, und damit Sie nicht so viel Arbeit haben, Frau Kopp, können Sie den einfach übernehmen. Da sind viele der Forderungen drin – das sage ich jetzt auch an die Adresse derjenigen, die hier vorgetragen haben auch zum Thema Soziale Sicherungssysteme, Bildung, Gesundheit, eigentlich alles drin. Wir würden uns freuen, wenn wir gemeinsam mit den hier Vortragenden dann unsere Ziele erreichen können.

Zu den konkreten Fragen. Finanzierung, das wurde von allen Teilnehmern genannt, ist eine wichtige Voraussetzung für alle MDGs, auch für Effizienz. Ich kann nur effizient sein, wenn ich Mittel habe, um sie auszugeben. Deswegen darf man das auch nicht gegeneinander ausspielen. Da wäre die Frage an alle Beteiligten – wir haben das Ziel 0,7 Prozent. Der ODA-Stufenplan ist so, dass nachdem wir im Jahr 2008/2009 jeweils etwa 13 Prozent den Haushalt gesteigert haben, wir jetzt in diesem Jahr nur noch etwa ein Viertel Steigerung haben und über 0,4 liegen. Für wie glaubwürdig halten Sie die Aussage der Bundesregierung, bis 2015 auf 0,7 zu kommen, und welche innovativen Finanzierungsinstrumente schlagen Sie vor zur Erreichung. Halten Sie die Aufteilung ein Drittel bilateral, zwei Drittel multilateral aus Ihrer Expertensicht für zielführend oder

eher – so wie wir – als hinderlich auf dem Weg, die MDGs zu erreichen?

Zu den zwei konkreten Themenbereichen in meiner Berichterstattung: ländliche Entwicklung als Schlüssel für Armutsbekämpfung und gegen Hunger. Es wurde schon die Agrarpolitik der EU angesprochen. Halten Sie die Vorschläge, die jetzt kursieren, für die Agrarreform 2013 für ausreichend? Reicht die Abschaffung der Agrarexportsubventionen, oder müsste man nicht auch bei den internen Handelssubventionen etwas machen. Wie, glauben Sie, dass wir faire Handelsbedingungen besser erreichen können auch in der EU. Da leite ich insbesondere zu Herrn Ernst vom BDI über. Millionen arbeiten in Entwicklungsländern und leben trotzdem in extremer Armut. Und wir haben auch Diskussionen in Deutschland, dass Menschen, die arbeiten, nicht von ihren Löhnen leben können. Deswegen ist für mich auch die Forderung nach Mindestlohn stark verbunden mit der Forderung nach ökologischen und sozialen Mindestbedingungen in Entwicklungsländern. Ich glaube, es hilft der deutschen Wirtschaft, wenn sie mit gutem Beispiel vorangehen kann und gute Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern schafft. Deshalb, Herr Ernst, war ich damals verwundert, als sich im Ausschuss Vertreter vom BDI sehr kritisch geäußert haben, als wir das Vergaberecht verändert haben. Wir fordern, dass auch in der WTO verbindlich ökologische und soziale Mindeststandards aufgenommen werden. Ich möchte gern wissen, wie Ihre Meinung dazu ist, weil wir es für unabdingbar halten, dass auch Menschen in Entwicklungsländern, wenn sie Arbeit haben, auch davon leben können. Deswegen sagen wir, in der WTO sollten solche Kernarbeitsnormen und diese sozialen Standards aufgenommen werden. Ich würde mich freuen, wenn der BDI das unterstützt. Falls Sie da Nein sagen, würde ich gern von den anderen die Meinung hören, dass die das wenigstens für richtig erachten. Danke!

Abg. Harald Leibrecht (FDP): Ich möchte mich auch bei allen Sachverständigen bedanken. Wir haben viel Neues gehört, auch gute Ideen aufgenommen. Ich habe viele Forderungen an die Geberländer gehört, die natürlich auch berechtigt sind. Was ich etwas vermisst habe ist, etwas an die Verantwortungen der Nehmerländer zu appellieren. Denn wenn vor Ort es nicht funktioniert, zum Beispiel Bekämpfung von Korruption, Aufbau von Rechtsstaat, Menschenrechtseinhaltung usw., dann wird es nicht möglich sein, dass unsere Entwicklungszusammenarbeit auch wirklich bei den Menschen ankommt. Dann kann eben kein gutes Gesundheitssystem aufgebaut werden, dann kann nicht die Bildung stattfinden, die wirklich diesem Land dort hilft, in eine bessere Zukunft zu kommen. Deshalb der Ansatz, die Regierung vor Ort mehr in die Verantwortung zu nehmen. Ich möchte mir das auch wünschen, dass das auch in Ihre Arbeit einfließt. Wenn Sie hierzu noch etwas anmerken wollen, das würde mich sehr freuen. Wir müssen diesen Ländern auch helfen, dass sie aus der Hilfsabhängigkeit auch uns gegenüber herauskommen, dass sie selbständig später auch handeln können und nicht in großer Abhängigkeit zu uns bleiben. Es ist immer schwierig bei den MDGs eine Reihenfolge festzulegen. Ein hungriges Kind kann nicht

lernen, auf der anderen Seite ohne Bildung wird der Hunger in dem Land nicht bekämpft werden. Kurzfristig kann man das von außen tun, aber sicherlich nicht langfristig. Für mich persönlich hat das Thema Bildung absolute Priorität. Nur das ist der Weg zu Good Governance, Hygiene, Bekämpfung der Sterblichkeit. Deshalb freue ich mich sehr, dass auch bei etlichen von Ihnen dieses Thema sehr wichtig ist, wobei mir dieses MDG-Ziel Grundbildung als alleiniges Thema viel zu einseitig steht. Es geht um einen ganzheitlichen Ansatz, dass nach Grundbildung Weiterbildung folgt, berufliche Ausbildung bis hin zur Universitätsausbildung, bis hin, dass wir in diesen Entwicklungsländern eine sehr starke Bildungselite bekommen, die auch die Geschicke des Landes in die Hand nimmt, die auch Interesse daran haben, dass es in ihrem Land weitergeht und nicht nur Universitätsausbildung mit dem Ziel, dass Studenten bei uns studieren und dann nicht mehr in ihr Land zurückkehren.

Thema bilateral und multilateral. Ich sehr da gar nicht so das große Problem. Ich sehe, dass multilateral viel gute Arbeit geleistet wird. Aber wenn Sie zum Beispiel sagen, Frau Schultheis, es gibt 1 200 bilaterale Projekte und das ist dann die Spaghetti Bowl, das finde ich gar nicht so schlecht. Das heißt ja nicht, dass multilateral schlecht ist. Aber auf der anderen Seite glaube ich nicht, wenn diese 1 200 Projekte nicht stattfinden würden, dass die dann alle ins Multilaterale fließen würden. Wahrscheinlich wird dann viel weniger passieren. Ich finde es nicht so schlecht, wenn man der Bevölkerung deutlich machen kann, dass Deutschland auch ganz direkt Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern macht und hier auch gute Projekte voranbringt. Das bringt ein wenig mehr Transparenz in die Sache, vielleicht auch mehr Begeisterung der Menschen hier im Land für Entwicklungszusammenarbeit, was ich mir sehr wünschen würde.

Ein anderer Punkt. Die Einkommenssituation von Bauern. Da sehen wir auch ein großes Problem, hier müssen wir auch vorankommen. Ich war vor kurzem in Nepal. Dort habe ich sehr schöne Projekte gesehen, wo sich ein paar Bauern zusammenschließen, so dass sie wenigstens den regionalen Markt, der nur sechs Kilometer weg ist, aber für diese Bauern bislang unerreichbar war, aber zusammen sind sie etwas stärker. Das ist zum Beispiel ein GTZ-Projekt. Ich finde es wunderbar, wenn man auch diese Kleinstprojekte fördert, denn es bringt eine große Unabhängigkeit. Es ist natürlich auch ein soziales System. Ein Bauer wird krank, kann seine Felder nicht bearbeiten, und die anderen machen es dann mit. Das sind sehr gute Beispiele. Und wenn es multilateral nicht funktioniert, warum nicht bilateral. Ich finde es eine sehr gute Sache.

Letzter Punkt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Darin liegt natürlich auch der Schlüssel für sehr viele Entwicklungsländer. Ich glaube, es geht gar nicht so darum, dass wir im Moment schnell große Märkte erschließen, sondern auch für den Regionalmarkt ganz wichtig ist, dass dort die Qualität der Produkte etwas besser wird und dass sie im direkten Umfeld handeln können. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass sofort alle Entwicklungsländer den großen Markt hier in Deutschland oder Europa finden werden. Es geht erst einmal um den lokalen Bereich. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass das BMZ hier eine großartige Initiative zur wirtschaftlichen

Zusammenarbeit gestartet hat, die jetzt auch schon erste schöne Blüten trägt. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz. Wir müssen hier zukunftsorientiert denken. Der Staat selber kann mit seinen Steuergeldern nicht all die Entwicklungshilfe leisten, die notwendig ist. Ich finde es gut, wenn die Privatwirtschaft hier Verantwortung übernimmt und ihren Teil dazu beiträgt. Wenn Sie hierzu Anmerkungen hätten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Dankeschön!

Abg. Sabine Weiss (CDU/CSU): Vielen Dank auch von unserer Seite für die Beiträge. Die eigentlich durchgängige Forderung nach mehr Geld ist aus unserer Sicht wichtig und richtig. Ich glaube, Sie können sicher sein, dass alle hier im Raum wirklich versuchen, auch ernsthaft dieser Forderung nachzukommen. Aber wenn wir uns zwischendurch ein paar Sekunden ehrlich in die Augen sehen, muss man auch sagen, es ist nicht immer so ganz einfach – innerhalb der eigenen Fraktionen, innerhalb dieses Landes, aber auch innerhalb der globalen Gemeinschaft. Was durchgängig war, ist, wir brauchen eine Strategie, wir brauchen einen konkreten Umsetzungsplan, den wir übrigens auch mit unserem Antrag fordern werden. Konkrete Umsetzungspläne aber nicht nur hier in unserem Lande, sondern ich würde mir wünschen, dass auch die Nehmerländer solche konkreten Umsetzungspläne schaffen würden, aber auch gemeinsam. Wir sagen, Zusammenarbeit ist wichtig, alle gemeinsam, alle Regierungen mit den NGOs. Das genau führt mich jetzt zu meiner Frage. Dieses Zusammenarbeit gemeinsam mit den NGOs, gehen wir mal wieder in unsere Republik zurück, zeigt mir auch, dass der Blick auf die Effizienz der eingesetzten Mittel ganz wichtig ist. Da habe ich eine kleine, bescheidene Lebenserfahrung über 18 Jahre, die mir sagt, dass die Effizienz sehr wichtig ist und viel Geld, um das mal platt zu sagen, auch unnütz ausgegeben wird oder nicht dort ankommt, wo wir es hinhaben wollen. Ich würde im Hinblick auf die Zusammenarbeit sagen, lassen sie uns ehrlich miteinander umgehen. Kritisch, aber untereinander auch selbstkritisch. In dem Zusammenhang meine Frage. Sehen sie konkrete Ansätze für eine solche Effizienzsteigerung, insbesondere diejenigen, die vor Ort arbeiten, die täglich mit diesem Thema umgehen und mit den Menschen umgehen? Ich weiß, dass wir das heute nicht beantworten können, ich würde mir aber wünschen, dass hier eine Zuarbeit von Ihnen erfolgen wird an uns, an den Ausschuss und auch an meine Person. Darüber wäre ich Ihnen dankbar. Dann können wir vielleicht zu noch mehr ehrlicher und kritischer Zusammenarbeit kommen. Herzlichen Dank!

Abg. Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch unsererseits herzlichen Dank bei den Sachverständigen. Ich muss die ein bisschen in Schutz nehmen. Die Aufgabe ist gewesen, Stellung zu nehmen, was Deutschland tun muss. Es ist völlig klar, dass auch die Partnerländer in großer Eigenverantwortung stehen. Das war aber nicht der Arbeitsauftrag an die Sachverständigen. Es ist in den Vorträgen ein Dreiklang deutlich geworden – Zusagen einhalten, Entwicklungsfinanzierung sichern, und da klaffen zwischen den Zusagen, den Versprechen und

der Realität mehr als 11 Milliarden bei der Europäischen Union und mehr als 2,6 Milliarden bei der Bundesregierung. Deshalb eine Frage. Es ist vorgeschlagen worden von der EU, Aktionspläne zu erstellen und einen Peer Review-Mechanismus einzuführen, so dass die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich gegenseitig überprüfen und unter Druck setzen und in die Pflicht nehmen. Die Frage, was Sie davon halten, auch die Frage an die Bundesregierung, wie sie diesem Peer Review, der vorgeschlagen wurde vom Entwicklungskommissar, gegenüberstehen.

Bei der Entwicklungsfinanzierung kommt es natürlich auch darauf an, dass die Staaten eigene Einnahmequellen schaffen, dass sie effektive Steuersysteme einführen, dass Steuerflucht verhindert wird.

Der zweite Punkt in dem Dreiklang – Wirksamkeit erhöhen. Einfach nur genannt, das hat die Kollegin Weiss auch schon angesprochen.

Das Dritte ist sehr ärgerlich. Das große Kohärenzproblem. Ganz oft müssen wir Erfahrungen machen, dass mühsam errungene Erfolge der Entwicklungspolitik wieder zunichte gemacht werden durch Fehlentscheidungen in anderen Gebieten. Ich habe das vor Kurzem im Ausschuss angesprochen. Es ist tatsächlich und nachweisbar so, dass die EU im letzten Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika die Partnerländer gedrängt hat, riesige Mengen Milchpulver auf den Markt zu lassen und damit werden Projekte, die "Brot für die Welt" und andere aufbauen, die den Kleinbauern und der Milchwirtschaft zugute kommen in dem Land, werden dadurch wieder zerstört. Eine Frage an alle: Wie kann Kohärenz nicht nur gefördert werden, sondern gibt es Mechanismen? Im Europa-Parlament gibt es eine Diskussion darüber, ob nicht bei jeder Maßnahme in anderen Politikbereichen auf einem Formular die Entwicklungsfolgen eingeschätzt werden müssen. Wir brauchen etwas wie Politikfolgenabschätzung. Das Gleiche gilt auch für Investitionen. Damit ist eine Frage an Herrn Ernst und Herrn Dr. Seitz verbunden. Wir haben ja lange gefordert, mehr Geld in die ländliche Entwicklung, in den Agrarsektor. Jetzt gibt es endlich – immer noch nicht genug – Investitionen. Und jetzt sehen wir mit Sorge, dass manche Investitionen entwicklungsförderlich sind, aber andere Investitionen bedeuten zum Beispiel, dass große Ländereien aufgekauft werden, dass Großplantagen für Agrotreibstoffe eingerichtet werden. Also dass man Geld in die Hand nimmt, aber dass das Geld letztendlich für die verletzlichsten Gruppen, für die Hungernden, sogar das Gegenteil bewirken können, den Hunger sogar verschärfen. Wir müssen Mechanismen einführen bei den Investitionen und auch bei den Handelsverträgen, dass man Spreu vom Weizen trennt, dass man entwicklungsförderliche Maßnahmen und begrüßenswerte Investitionen – auch des Privatsektors – unterscheidet von solchen, die fatale Folgen haben. Das gilt auch für Privatinvestitionen im Industriebereich. Da gibt es viele hervorragende Dinge, die begrüßenswert sind, aber andere, die katastrophale Folgen haben. Wie kann man dort Mechanismen einbauen, um das eine vom anderen zu trennen?

Zum Schluss noch eine ganz konkrete Frage zur Hungerbekämpfung. Herr Seitz, Sie haben auf das Maputo-Abkommen angespielt. Das heißt ja, afrikanische Staaten verpflichten sich, zehn Prozent ihrer nationalen Budgets für ländliche Entwicklung einzusetzen. Im Gegenzug ist die Erwartung gekommen, das haben auch einige Sachverständige in anderen Anhörungen unterstrichen, dass wir zehn Prozent des Entwicklungsetats bereitstellen sollten für ländliche Entwicklung. Gibt es da eine Überprüfung, wie viel afrikanische Länder sich an diese Zehn-Prozent-Zusage gehalten haben? Das waren ja keine konkreten Zusagen, aber Absichtserklärungen der Gebernationen bezüglich ländlicher Entwicklung. Zur Gesundheit wird der Kollege Kekeritz das Wort ergreifen.

Abg. Heike Hänsel (Die LINKE.): Dankeschön, Frau Vorsitzende, auch von meiner Seite bezüglich der Stellungnahmen. Ich würde gern vorweg zwei Bemerkungen allgemein zur MDG-Einordnung sagen. Ich denke, die Bewertung ist etwas zurückgeblieben in den Beiträgen. Wir sind ja nicht das erste Mal bei internationalen Übereinkommen vonseiten der Vereinten Nationen. Wir hatten in den 90er Jahren den Rio-Prozess. Es gab ja schon viele Anstrengungen auf globaler Ebene, gemeinsam Aktivitäten zu ergreifen, die sich aber auch lokal niederschlagen. Das finde ich auch eine Schwäche an den jetzigen MDGs, dass es zu wenig runtergebrochen wird auch bis auf die kommunale Ebene, dass die gesamte Diskussion und die Adressaten sich sehr in den Institutionen verlieren, UN-Organisationen, aber eigentlich nicht die Bevölkerung und die Zivilgesellschaften und sozialen Bewegungen aktiv mit einbeziehen, weil es auch nicht ein Entwurf unter Beteiligung der Bewegungen und Institutionen war, sondern sehr von oben nach unten konzipiert wurde. Das halte ich für eine große Schwäche. Da waren wir in den 90er Jahren viel weiter, und es wurde ganz klar formuliert im Rio-Prozess, Agenda 21, lokal die globale Verantwortung sichtbar machen und auch lokal anfangen, Probleme zu lösen, Städte mit einzubeziehen, Kommunen, Schulen, all das. Ich halte das für eine große Schwäche, dass diese Mobilisierung für wichtige Ziele in dem Sinne nicht erreicht ist.

Der zweite Schwachpunkt, finde ich, ist auch, dass zu wenig strukturelle Ursachen benannt werden für die Symptome, die in den MDGs sehr richtig beschrieben werden. Ich fand ich ehrlich gesagt auch Ihren Beitrag, Herr Stelzer, für die Vereinten Nationen sehr enttäuschend. Sie haben sehr allgemein geredet, aber Sie haben zu wenig auch die Ursachen benannt der Symptome und warum wir nicht weitergekommen sind. Sie haben zum Beispiel gesagt, der Norden wird immer reicher, der Süden immer ärmer. Aber warum? Nennen Sie mir doch ein paar Gründe, warum ist es so. Das hätte ich von den Vereinten Nationen erwartet, dass es wirklich eine Einfeldorderung an die Bundesregierung ist, ihren Versprechungen nachzukommen und auch strukturell eine andere Politik zu entwickeln. Das halte ich für die Aufgabe der Vereinten Nationen, hier den einzelnen Regierungen ins Gewissen zu reden. Das fehlt mir hier. Das hat sich doch sehr in Allgemeinplätzen verloren. Das halte ich für eine große Schwäche der MDGs, dass wir sehr auf

die Symptome gehen, wenig die Strukturen ansprechen. Herr Hoppe hat das auch in Einzelpunkten benannt.

Eine weitere große Schwäche, das wurde hier nicht benannt, ist natürlich die Frage von Krieg und Frieden. Das wird vielfach auch diskutiert. Eine der zentralen Ursachen sind nach wie vor Konflikte, kriegerische Auseinandersetzungen. Viele arme Menschen leben in Krisenregionen. Rüstungsausgaben von mehr als einer Billion jährlich müssen gegenübergestellt werden den sehr spärlichen Ausgaben nach wie vor für Entwicklung. Das sind Herausforderungen, da müssen wir neue Antworten geben, wenn wir ernsthaft in dieser MDG-Diskussion vorankommen wollen. Gibt es Überlegungen bei den Vereinten Nationen, wir haben ja noch fünf Jahre, auch diese Fragen viel stärker in die Diskussion mit einzubeziehen. Gibt es da auch Überlegungen, stärker die Friedensfrage mit einzubeziehen, dass wir zivile Konfliktlösungen brauchen und dass wir die Rüstungsetats herunterfahren müssen? Das sind für mich große Herausforderungen, die hier zu wenig angesprochen werden. Eine wichtige Frage wäre auch an Herrn Ernst. Sie haben die Verantwortung von Unternehmen angesprochen. Das eine ist, dass man Interesse hat, Außenwirtschaftsförderung mehr einzubeziehen, auch mehr an Ressourcen. Gleichzeitig gibt es aber auch eine Verantwortung von Unternehmen. Und wir haben sehr viele Fälle auch von deutschen Unternehmen, die im Ausland mit verantwortlich sind für Menschenrechtsverletzung, für Nichteinhaltung von Arbeitnehmerinnenrechten. Wenn ich mir Kolumbien anschau, wie systematisch Gewerkschaftsrechte verletzt werden, wo auch deutsche Unternehmen, wie Thyssen/Krupp von profitieren. Es gibt Fälle in Brasilien, die hatten wir hier, dass ganze Fischerfamilien verarmt sind, keine Lebensgrundlage mehr haben. Da muss dann auch deutlicher werden auch aus den Wirtschaftsverbänden, welchen Beitrag sie eigentlich zu Entwicklungsfragen, menschenrechtlichen Fragen, sozialer Entwicklung leisten wollen und ob es da auch weitergehende Vorstellungen gibt, verbindliche Strukturen zu entwickeln, die auch die Unternehmen an ihre eigene Verantwortung erinnern und dass es hier eine gemeinsame Aufgabe gibt, Entwicklung zu ermöglichen und wir nicht immer einerseits wirtschaftliche Interessen haben, die vor Ort sich ganz anders gestalten, als wir es hier schön in den Anhörungssälen hören. Wenn man sich das konkret anschaut – Lizenzvergabe unter übelsten Arbeitsbedingungen – da liegt doch sehr viel im Argen. Da wünsche ich mir noch konkrete Sätze von Ihnen, Herr Ernst, wie Sie sich denn auch in den eigenen Reihen vorstellen, Verbesserungen herbeizuführen?

Die Vorsitzende: Ich habe zwar vorhin gebeten, keine Stellungnahmen abzugeben und nicht für die Empore zu reden. Ganz offen und ehrlich. Wir haben noch zehn Minuten! Ich habe noch eine Rednerliste. Aber Sie wollen doch Antworten hören. Wenn Sie noch länger reden, wird es keine Antworten mehr geben. Ich muss hier pünktlich schließen. Das sage ich mit aller klarer Deutlichkeit.

Dr. Bärbel Kofler (SPD): Ich versuche, es knapp zu machen. Aber ich habe natürlich auch eine Frage und eine kleine Vorbemerkung. Ich möchte mich als erstes bedanken bei den Teilnehmern am Podium, dass sie die gefährliche Debatte vermieden haben, die wir zum Teil auch im Ausschuss haben, wenn es um die Frage geht Effizienz versus Mittel für die MDGs, dass sie sehr deutlich gemacht haben, das wir dringend beides brauchen. Ich möchte das noch mal unterstreichen, weil das eine schwierige Geschichte ist, die wir im Zuge von Haushaltsberatungen auch nicht immer sauber diskutieren im Parlament. Die zweite schwierige Debatte, die hier auch noch mal klar geworden ist, ist die Frage PPP versus staatliche Mittel. Ich möchte es an dieser Stelle noch mal herausstellen. Ich habe nichts gegen PPP – auch an Ihre Adresse, Herr Ernst, was Sie gesagt haben – nichts gegen Beteiligung der Wirtschaft. Aber ich finde, wenn wir um die MDGs diskutieren, wo es um die Frage geht, wie wir vorher gehört haben, mit den 100 Millionen Toilettengang für Frauen oder um die Frage von Bildung, dann sind das urstaatliche Aufgaben. Ich möchte nicht, dass das immer abgeschoben wird auf die Frage, das werden wir irgendwie mit Wirtschaftsförderungen hinkriegen. Da muss ich erst mal eine Basis reinkriegen, damit sich auch entsprechendes Wirtschaftsleben entwickeln kann in den Ländern. Ich glaube an dieser Stelle, ehrlich gesagt, dass die Verhinderung von Steuervermeidung – es ist ja vorher auch eine Zahl genannt worden – hier ein großer finanzieller Beitrag sein könnte, um hier einen anderen Grund reinzukriegen.

Zu meinem Bereich Bildung eine konkrete Frage. Mich interessiert vor allem, wie wir dort weiter vorgehen auch im Bereich der multilateralen Institutionen. Fast Track Initiative ist eine der unterfinanzierten Teile im Bildungssektor. Ich habe mit Entsetzen vorhin von Frau Napoe gehört, dass wir in Deutschland 12 Prozent weniger in Bildung investiert haben, als wir das vorher hatten. Und wir haben 12 Millionen Lehrer, die wir bis 2015 in Afrika benötigen. Wenn wir die Frage der Qualität anschauen, nicht nur der Einschulungsraten, dann sind das wahrscheinlich noch relativ niedrig angesetzte Zahlen. Ich denke, es muss darum gehen, auch nachhaltige Bildungsqualität zu erzeugen und nicht nur eine Einschulungsrate zu erfüllen. Meine Frage geht auch in den internationalen Bereich. Ich habe gehört, es gibt Anstrengungen, FTI zu reformieren, umzuwandeln. Gerade auch von der globalen Bildungsinitiative heraus und verschiedensten NGOs. Wie sollen diese Reformprozesse laufen? Gibt es da Erkenntnisse von Ihrer Seite, und was ist Ihre Forderung an Deutschland? Ist das nur die Forderung hier an der Stelle nach mehr Mitteln? Die würde ich unterstreichen. Gibt es darüber hinaus andere Forderungen, wo man sagt, da kann man sich auch anders beteiligen? Zum Beispiel personell, Sie hatten vorhin intelligente Strukturen angesprochen, im Bereich der Bildung.

Abg. Karin Roth (SPD): Es geht bei dem Thema Millenniumsziele vor allen Dingen um das Thema Gesundheit. Herr Stelzer, Sie haben gesagt, es gibt dort positive Entwicklungen. Das

stimmt auch. Frau Bähr hat das auch bestätigt. Aber das ist nur halbe Wahrheit. Die andere ist, dass das Thema Müttergesundheit und Kindersterblichkeit auch ein Thema sowohl der Frage der Ernährung ist als auch das Thema der Gesundheitsversorgung. Meine Frage ist, wenn es richtig ist, dass Hunger und Familienplanung zusammenhängen, und wenn es richtig ist, dass Familienplanung und Kindersterblichkeit zusammenhängen, und wenn es richtig ist, dass die Gesundheit und die Information über die Effizienz zum Beispiel von Einnahme von Medikamenten richtig ist, wie wir es hinbekommen im Rahmen der Kohärenzziele, dass in einem Sektor, nämlich im Bereich Gesundheit, die Schnittstellen der verschiedenen Bereiche besser koordiniert werden, um mehr Effizienz zu erreichen zum Beispiel im Bereich Gesundheitssystem? Wäre es nicht sinnvoll zu koordinieren, die Gesundheitssysteme zu verbessern, die Effizienz in den Gesundheitssystemen zu organisieren, aber gleichzeitig vonseiten der Vereinten Nationen auch das Thema der Familienplanung stärker in den Fokus zu stellen, weil das auch allgemein mit dem Hunger zusammenhängt und mit der Bekämpfung des Hungers? Könnte man nicht im Rahmen von Aktionsplänen eine Priorisierung innerhalb der Ziele so festlegen und sie gemeinsam mit den anderen abgleichen?

Nicht gegeneinander ausspielen, aber im Rahmen der Priorisierung festzulegen, dass MDG 1, 4, 5 und 8 in der Weise in der Priorisierung laufen sollen. Insofern verstehe ich auch Ihren Aktionsplan, dass man sich jetzt konzentrieren muss die nächsten fünf Jahre. Was jetzt so nach dem Motto weitergeht, wir schieben uns mal gegenseitig die Prozente zu. Das ist jetzt gegessen. Die Frage ist, was kriegen wir hin und wie machen wir es in den nächsten fünf Jahren wirklich im Sinne von Power und im Sinne von konzentrierter Aktion. Meine Frage ist, sind die Aktionspläne im Rahmen der Vorbereitungskonferenz in der UN jetzt wirklich organisiert? Haben die Aktionspläne eine Chance, vonseiten der UN so umgesetzt zu werden, dass die Koordinierung, die eingefordert wird, auch wirklich passiert?

Abg. Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch von mir ein herzliches Dankeschön für die hoch spannenden und interessanten Beiträge. Allerdings hat der Experte Leibrecht vergessen, seinen Vortrag schriftlich vorzulegen. Herr Leibrecht, Sie haben auch das Thema Kohärenz angesprochen. Das fand ich sehr interessant. Widersprüchlich ist allerdings die Politik des Ministers Niebel. Ich war vor vier Wochen in Uganda – das gehört zum Thema dazu. Da waren wir auch beim Kommissar der EU. Und der hat uns erzählt, die EU möchte die Entwicklungshilfe kürzen in Uganda. Grund dafür ist, Uganda ist vom Platz 105 auf 130 der Korruptionsskala gesunken. Und das innerhalb von drei Jahren, was ein ganz erheblicher negativer Trend ist. Gleichzeitig haben aber die deutschen bilateralen Verhandlungen in Uganda stattgefunden, und das Team von Minister Niebel hat – obwohl ursprünglich nur 50 Millionen bilaterale Verpflichtungen zur Diskussion standen – dieses auf 126 Millionen erhöht. So viel zum Thema Kohärenz. Vor allen Dingen die Forderungen des Herrn Ministers, dass Korruption ein

Ausschlussgrund ist. Herr Ernst, Sie haben die Verantwortung des BDI genannt. Wir haben uns inzwischen in vielen Ländern erkundigt, wie das so ausschaut. Wir haben Namibia untersucht, Sambia, Senegal und andere Länder. Dort konnten wir feststellen, dass es hier einen exzessiven Abbau von Rohstoffen gibt. Wir haben versucht herauszufinden, wie viel Steuern von diesen Industriebetrieben, von den Bergbaubetrieben, tatsächlich auch gezahlt werden. Da kommen einem die Tränen. Sicherlich ist das eine Sache, die die Regierungen vor Ort zu verantworten haben. Aber gibt es denn bei der Industrie – national und international – nicht irgendwo eine Selbstverpflichtung, dafür zu sorgen, dass auch diese Industrien Steuern zahlen? Was mich sehr nervös macht, ist, dass die Industrie sehr gern auf die Hilfe des IWF zurückgreift und offensichtlich mit Hilfe des IWF sehr günstige Steuerkonditionen erreicht. Frau Bähr, mein Kollegen hat es angekündigt, ich wollte mich eigentlich mit Gesundheitsfragen beschäftigen. Es ist schon irgendwo erfreulich, vor den Haushaltsverhandlungen kommen sehr viele NGO-Vertreter und erklären immer sehr detailliert, was notwendig und was sinnvoll ist. Ich bin davon überzeugt, dass das alles richtig ist. Es werden unzählige Forderungen gestellt, die addiert sich schnell in Milliardenhöhe bewegen. Es ist auch völlig klar, dass in den kommenden Jahren diese Forderungen nicht erfüllt werden können. Meine Frage an Sie: Gibt es eigentlich im Gesundheitsbereich innerhalb der NGOs irgendwelche Priorisierungen? Sie sagen ja, wir müssen zuerst mal mehr die Familienplanung vorantreiben. Der Global Fund ist eigentlich mit den Mitteln, die er erhält, genügend ausgestattet. Oder gibt es da keine Rücksprachen und Zusammenarbeit? Kann das sein, dass jeder Bereich für sich versucht, möglichst viel herauszuholen, ohne dass hier wirklich vernünftige Absprachen getroffen werden? Eine zweite Frage: Sie haben in Ihrem Statement geschrieben, dass Mittel, die in die Gesundheitssystemstärkung gehen, nicht auf Kosten krankheitsspezifischer Investitionen gehen darf. Für mich ist die Frage, ob nicht die Gesundheitssystemstärkung ein Beitrag wär, krankheitsspezifische Fälle zu reduzieren. Ich spreche von AIDS und anderen Ansteckungskrankheiten. Ich habe hier noch sieben Fragen, aber die Frau Wöhrl schaut schon sehr kritisch.

Die Vorsitzende: Ich bin nicht schuld, aber ich möchte, dass Sie auch noch Antworten kriegen. Eigentlich ist die Zeit vorbei. Trotzdem darf Herr Movassat noch reden. Dann kommen wir zur Beantwortung.

Abg. Niema Movassat (DIE LINKE.): Dankeschön. Ich möchte es bei einigen Fragen belassen. Ich teile die Kritik von Frau Hänsel, Herr Stelzer, ich fand Ihren Vortrag leider in vielen Punkten sehr unkonkret. Sie sprachen von partnerschaftlichen Strukturen mit den Entwicklungsländern. Mich würde interessieren, was Sie damit konkret meinen. Zum Zweiten sagten Sie, die Auswirkung der Krise – Fragezeichen. Es gab von anderen hier durchaus Kommentierungen,

was die Auswirkungen der Krise sind. Insbesondere auch, dass sie als Entschuldigung herangezogen wird, Entwicklungsgelder nicht zu erhöhen, die Versprechen nicht einzuhalten. Vielleicht könnten Sie darauf kurz eingehen. Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

An Herren Seitz habe ich die Frage, was aus Ihrer Sicht die wirklich dringendsten und sofortigen Maßnahmen sind, die getroffen werden müssten, um die Anzahl der Hungernden wirklich zu reduzieren. Vielleicht auch unter dem Aspekt der Ernährungssouveränität, wie sie in den Entwicklungsländern des Südens verbessert werden könnte, anstatt auf Exportproduktion zu setzen und auch wie sich aus Ihrer Sicht die Freihandelsabkommen insbesondere die EPAs aber auch die Assoziierungsabkommen mit den lateinamerikanischen Ländern auf die Ernährungssouveränität der Länder auswirken werden. An Frau Bähr hätte ich die Frage zum TRIPS-plus-Abkommen und wie die Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgungen in den Entwicklungsländern und natürlich auch auf die MDGs sind. Zu Frau Schultheis. Das 0,7-Prozent-Ziel ist ja in der Tat in Frage gestellt und ob es insbesondere in Deutschland erreicht wird durch die derzeit sehr geringen Steigerungen oder auch Nichtsteigerungen. Deshalb haben wir, die Links-Fraktion, unter anderem auch einen Antrag vorgelegt, das 0,7-Prozent-Ziel in Deutschland gesetzlich zu verankern und bestimmte Dingen, die man anrechnen sollte und solche, die man nicht anrechnen sollte, um auch hier eine objektive Berechnung herbeizuführen. Wie wäre es aus Ihrer Sicht möglich, überhaupt einen Stufenplan sanktionsfähig umzusetzen und welche Gremien müssten dabei involviert sein?

An Herren Ernst dann noch die Frage zu Ihrem Positivbeispiel Wasser und Wasserkooperation. Das würde mich unter dem Aspekt ländlicher Raum und ländliche Entwicklung interessieren. Wie sind Ihre Erfahrungen? Kommen Wasserprojekte nicht eher Leuten in Städten zugute, wo Leute sind, die das auch bezahlen können und der ländliche Raum stark vernachlässigt wird? Beim Thema PPP sehen Sie da nicht die Gefahr, dass originäre staatliche Aufgaben outgesourct werden und dass auch dann bei PPP die Gefahr besteht, dass die nur diesen Leuten zugute kommen in den Ländern des globalen Südens, die sich das auch leisten können? Abschließend zu sagen, wenn dort also Handys landen, ich glaube, dass man Handys nicht essen kann. Das hat, glaube ich, keine Priorität.

Die Vorsitzende: Wir kommen zur Beantwortung der Fragen, die fast an alle Sachverständigen gerichtet worden sind. Wir gehen von rechts nach links die Reihe durch, dann brauchen wir nicht extra die einzelnen Fragen noch mal aufrufen. Wir fangen mit Frau Napoe an.

Assibi Napoe (Global Campaign for Education): *[Simultanübersetzung]* Vielen Dank Frau Vorsitzende, vielen Dank für Ihre Fragen. Ich habe mehrere Fragen bekommen. Ich werde aber

eine allgemeine Bemerkung machen, die das berücksichtigt, was Sie nachgefragt haben. Zunächst zur Grundschule und zur Frage, warum die Beschränkung darauf und welche Bedeutung das hat. Ich habe hier über Grundschulen gesprochen, weil man mich gebeten hat, aber auch, weil es nicht möglich ist, das MDG Bildung für alle zu erreichen, wenn wir uns nicht mit den Grundschulen befassen. Ohne die Entwicklung der Grundschulen gibt es keine weitere Entwicklung. Wir sprechen natürlich auch davon, was über die Grundschule hinaus passieren muss. Unsere Strategie richtet sich auf den gesamten Bildungsbereich, und wir sagen, wir brauchen die Grundschulen und im Grunde eigentlich – und das ist das bessere Schlagwort – Grundbildung für alle. Die Jahre, die man an einer Grundschule verbringt, hier reden wir von sechs, fünf oder vier Jahren, das ist ja auch diskutiert, wie viel Jahre Grundschule, aber insgesamt reden wir von einer Grundbildung, die neun Jahre dauert. Das ist etwas, was in mehr und mehr Ländern eingeführt wird. Eine der Aufgaben, die ich immer wieder thematisiere, ist auch der Bereich weiterführende Schule. Das wird sich auch noch stärker so entwickeln. Wenn wir jetzt sagen, wir beschulen alle Kinder – Grundschule – dann stellt sich natürlich die Frage, was kommt danach. Es werden mehr und mehr in weiterführende Schulen gehen. Wenn das aber zu teuer ist, dann werden wir doch wieder eine hohe Zahl von Schulabbrechern haben. Wir wissen schon, was wir machen, damit die Kinder weitergehen können über Grundschule, weiterführende Schule, in den Bereich der universitären Bildung. Klar ist, niemand kann sich tatsächlich entwickeln, wenn man nur fünf Jahre zur Schule geht. Das ist ein Punkt.

Effizienz – wir reden hier von Geld, aber wir brauchen mehr Hilfe. Irgendjemand hat gesagt, wir müssen über Budgets sprechen, den Bildungsetat, und wir müssen uns fragen, wie viel geht denn von dem Geld, was in die Länder geht, an die Schulen. Wie viel Geld wird ausgegeben für die Lehrergehälter? Wie funktioniert das sozusagen von oben nach unten? Ich glaube, hier haben wir eine Pflicht sowohl für die Geber als auch für die Nehmer. Es ist etwas, was sowohl Sie als auch uns bindet.

Korruption – hier haben wir Geld, was irgendwo versickert, und deswegen müssen wir klare Kriterien festlegen, wie können wir die Mechanismen gestalten. Wie können wir die Hilfe managen? Wir als Global Campaign for Education finden es nicht so gut, wenn es nur eine Bank gibt – ich weiß, hier sitzt die Weltbank mit am Tisch –, die die Hilfe managt. Wir fänden es eigentlich besser, wenn es einen Ausschuss gäbe, der sich um das Geld für die Bildung kümmert. Das wäre eine Initiative, die ergriffen werden sollte. Jemand hat hier nach der First Track Initiative gefragt. Ich glaube, hier brauchen wir eine Revision. Hier haben wir natürlich zu konstatieren, dass Afrika sehr viel profitieren kann von dieser Hilfe, gleichzeitig aber auch einen Beitrag leisten muss zur Bildung. Wir denken, es ist in jedem Falle wichtig, dass es Transparenz und Verantwortung gibt.

Dann die Frage, soll das Geld direkt an die Regierung gezahlt werden. Es gibt Regierungen, die eigentlich nur nach externer Hilfe suchen. Wir gehen hin und sagen, wir haben doch auch Geld in

Afrika, wir haben Ressourcen in Afrika – auch das muss den Regierungen klargemacht werden. Wir denken, dass Sie als Geber uns helfen können, diese Forderungen gegenüber unseren Regierungen, unseren politischen Führungen, deutlich zu machen. Sie müssen tatsächlich die Verantwortung für die Bevölkerung, für ihre Länder übernehmen. Das heißt, der Staat trägt eine hohe Verantwortung. Wir brauchen die Hilfe, aber wir brauchen auch die Verantwortung der Staaten.

Wir haben hier über den Plan gehört, den Antje Schultheis vorgestellt hat. Die Frage ist, was konkret brauchen wir. Wir brauchen ausgebildete Lehrer. Ohne diese wird es keine qualitätsvolle Bildung geben. Natürlich gibt es die Möglichkeit des Fernlernens, Fernunterricht, Fernstudium usw. Es ist aber auch ganz wichtig, dass man gut bezahlte, gut motivierte Lehrer hat. Niger zum Beispiel, die gibt es die Lehrer in der First Track Initiative. Es wird gesagt, nicht mehr als drei Prozent des Bruttosozialprodukts für die Lehrer. Aber wie hoch das denn in meinem Land? Das ist Wenn man 300 Lehrer hat, dann hat man am Ende pro Lehrer ein Gehalt von neun Dollar pro Monat. Auch das müssen wir sehen. Wir müssen berücksichtigen, dass hier Lehrer und Lehrerinnen angeheuert werden, die zehn Dollar pro Tag bekommen. Wir brauchen Mechanismen, dass tatsächlich die Verantwortung an alle verteilt wird. Sie schauen auf die Uhr – ich mache Schluss. Danke, Frau Vorsitzende. Herzlichen Dank noch einmal für die Einladung.

Dieter Ernst (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik (AGE)/Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI): Vielen Dank. Ich will versuchen, die sechs Fragen, die an mich gerichtet worden sind, zu beantworten. Ich bitte gleich um Verständnis dafür, dass im Hinblick auf die Zeit dass nur kurz und relativ klar sein kann. Herr Movassat, natürlich kann man Handys nicht essen. Aber die Einführung einer Mobilfunkstruktur hat kleinste KMU-Strukturen geschaffen, die haben Arbeit geschaffen, die haben ermöglicht, dass Einkommen generiert wurde und damit einen Effekt generiert, der letztlich auch dazu geführt hat, dass mehr Menschen zu essen hatten. Das war mein Beispiel, um das noch einmal zu verdeutlichen.

Ländlicher Raum – natürlich. Die Wirtschaft und die Tätigkeit der Unternehmen können einen erheblichen Beitrag leisten. Sie kann aber nicht alle Probleme lösen. Und es ist auch nicht Aufgabe der Wirtschaft, die Aufgaben des BMZ zu übernehmen. Das heißt Wasser im ländlichen Raum. Wir werden 55 bis 65 Prozent der Menschen global in urbanen Gebieten haben in absehbarer Zeit. Bei dieser Herausforderung kann die Wirtschaft helfen. Beim ländlichen Raum brauchen wir andere Lösungen. Und auch da kann wieder die Wirtschaft helfen mit Innovationen, weil wir keine großen Systeme brauchen. Wir müssen zu viel kleinteiligeren, effizienteren, dezentralen Strukturen kommen. Nur mal angerissen – ganz wichtig ist, wir sind nicht die Entwicklungshilfe-Organisation, aber wir können einen wesentlichen, substanzielleren Beitrag leisten. Das gilt auch für PPP. Natürlich müssen Randbedingungen erfüllt sein. An der Stelle, glaube ich nur, dass die Verbindung zwischen öffentlichen Interessen – und das bringt mich auch

zu einer anderen Frage – und Privatwirtschaft nicht zu einer Mischung von Verantwortung führt. Aber zu einer effizienteren Mittelallokation. Das ist eigentlich die Herausforderung.

Herr Kekeritz, wir machen uns große Sorgen um die Frage der Rohstoffverteilung auf der Welt. Und das Thema Steuerzahlung, ich kenne kein Abbau-Unternehmen aus Deutschland momentan, was in Afrika unterwegs ist. Nicht das Steuerthema haben wir im Fokus, sondern die Frage, ob wir überhaupt noch in der Lage sind, die notwendigen Rohstoffe für unsere Industrie zugänglich zu halten. Das macht uns Sorgen, mehr als vielleicht die eine oder andere Entwicklung vor Ort.

Frau Hänsel, die Frage der Verantwortung von Unternehmen. Es gibt sehr viele unsegenreiche Beispiele, wie die deutschen Unternehmen auch zur Entwicklung vor Ort beitragen. Ich will gar nicht verhehlen, dass es die eine oder andere Situation gibt, die man kritisch diskutieren kann. Nur, da komme ich gleich zu der Frage von Herrn Raabe. Wir sind dezidiert der Auffassung, dass Regelungen, allgemeine pauschale Vorgaben, nicht das Instrument sind, um vernünftige Entwicklungen langfristig zu generieren. Sie haben heute schon einen Effekt in der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, wie sie sich sozial verhalten. Das betrifft nicht nur Arbeitsplätze, das fängt in der Frage eines verantwortungsvollen Umgangs mit Wasser an usw. Das Ziel ist unstrittig. Da werden Sie keine Zieldiskussion mit dem BDI haben, aber der Weg, da sind wir anderer Auffassung, als irgendwelche globale Forderungen aufzustellen und Regelwerke einzuführen, die an der Stelle letztlich unserer Ansicht nach nicht zielführend sind. Das ist auch die Frage der Investitionslenkungen. Letztlich muss, glaube ich, die Verantwortung bei den Entscheidern vor Ort liegen. In dem Moment, wo es auch öffentlichen Mitteleinsatz gibt, gibt es natürlich ein Regulativ. Dann kann man auch über die Frage der Zielgerichtetheit von Investitionen diskutieren. Bioenergie ist ein wunderbares Beispiel. In Mosambik gibt es eine riesige Fläche von versalzenem Land, wo man nie Nahrungsmittel anbauen kann. Es gab ein Projekt, 25 Millionen Investitionen, es war alles geregelt. Die Investition hat nicht stattgefunden, weil mit dem Argument, man würde Nahrungsmittelproduktion verhindern, das Projekt gestoppt worden ist. Wenngleich Nahrungsmittelproduktion dort nie stattfindet, und wenn Sie die Flächenressourcen auf der Welt ansehen, dann liegt der Konflikt nicht in der Frage bei der Bioenergie bei den Nahrungsmitteln, sondern es ist eine Frage, wie man dann im Einzelnen verantwortlich mit Projekten umgeht. Und, meine Damen und Herren, wir leben nicht in der idealen Welt. Wir werden nicht in der Lage sein, alles zu steuern und mit Regelwerken, die Entwicklung zu befördern. Worauf es eigentlich ankommt, ist, die Verantwortung, da wo sie eigentlich hingehört zu initiieren und weiterzuentwickeln und zu unterstützen.

Frau Weiss – Mitteleinsatz verbessern. Mein Lieblingsbeispiel: Statt Direktinvestitionen, Garantieinstrument schaffen, um private Investitionen zu ermöglichen. Daraus könnte ich eine Hebelwirkung erzielen, dass ich mit weniger Geld wesentlich mehr erreichen kann, und ich

denke, es gibt noch mehr Beispiele dieser Art. Aber so müssen wir da rangehen, statt zu fragen, wie können wir die Töpfe maximieren. Ich glaube, damit habe ich alles abgearbeitet. Vielen Dank!

Dr. Antje Schultheis (Global Policy Forum Europe): Vier Punkte. Herr Raabe fragte, ob es auch nötig sei, neben den Agrarexportsubventionen noch weitere Subventionen der EU abzubauen. Das würde ich unterschreiben. Man hat ja gesehen, wie schwierig das Multifaserabkommen im Textilbereich den Marktzugang gemacht hatte für die textilproduzierende Industrie.

Beispiel Agrarsubvention. Das sind ja in Wirklichkeit nicht Agrarexportsubventionen, sondern Agrarsubventionen, weil die Futter- und Düngemittel in Europa subventioniert werden. Das wäre so ein Beispiel, um zu beweisen, dass das richtig wäre, diese runterzufahren.

Ganz kurz zur Spaghetti Bowl, um das richtigzustellen für das Protokoll. Es ging um 2,5 Tausend bilaterale und regionale und multilaterale Freihandelsabkommen und nicht um Projekte.

Ganz kurz zu Herrn Movassat. Ein nationaler Stufenplan zum 0,7-Prozent-Ziel sanktionsfähig einzuführen ist wünschenswert, wenn es verbindlicher wird. Viel wichtiger, finde ich, wenn es jetzt zum neuen Finanzierungsinstrument kommt, wie zum Beispiel der Finanztransaktionssteuer, dass darin verbindlich festgemacht wird, dass ein Großteil des Geldes für Entwicklung ausgegeben wird und nicht irgendwas anderes damit gestopft wird, dann muss man bei der qualitativen Ausgestaltung der ODA natürlich überprüfen, ob es weiterhin sinnvoll ist, die Handelsentschuldungen mit reinzurechnen, Verwaltungskosten, kalkulatorische Studienplatzkosten. Und es muss ein Extratopf für Klima geschaffen werden, dass das nicht einfach noch an die 0,7 Prozent eingerechnet wird.

Zur Frage von Herrn Hoppe. Thema Wirksamkeit und Kohärenz. Das finde ich richtig, das hier anzusprechen. Wenn man das, was Sie sagen, zusammenfasst und weiter zuspitzt, kann man in die Richtung zur Entwicklungsverträglichkeitsprüfung weiterdenken und gucken, ob man eine Entwicklungsverträglichkeitsprüfung kohärent in allen Politikbereichen vorlagert und auch im Privatinvestitionsbereich einfordert.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Dr. Schultheis. Zur Ergänzung ist noch mal zu sagen, hier liegt in ein Irrtum vor auch mit der Finanztransaktionssteuer. Eine Steuer darf nicht zweckgebunden sein. Darüber muss man sich klar sein. Da gibt es Entscheidungen oberster Gerichtshöfe, dass Steuern nicht zweckgebunden in Anwendung kommen können. Bloß, dass man das im Hinterkopf hat, weil man sicher denkt, wenn es zu einer Finanzmarkttransaktionssteuer kommt, dass es sofort in den Entwicklungsbereich gegeben würde.

Thomas Stelzer (Assistant Secretary-General for Policy Coordination and Inter-Agency Affairs, Department of Economic and Social Affairs, UN-DESA): Danke für die anregende Diskussion und für die sehr klaren Fragen. Ich bin gestern Abend hier angekommen und fliege jetzt sofort zurück, damit wollten wir zeigen, dass der Dialog mit Volksvertretern und Zivilgesellschaft wichtig und vordringlich ist. In der ersten Runde war ich gebeten worden, generell zu sein. Jetzt will ich sehr konkret sein. Wenn Sie sich den Bericht anschauen, der hier auch verteilt worden ist, mit spezifische Aktionen, die vorgeschlagen werden, um die MDGs in den letzten fünf Jahren noch umzusetzen. Wir hoffen, dass dieser Aktionskatalog in den Verhandlungen eine Rolle spielen wird, so dass der Gipfel im September ein Erfolg wird. Wir können uns einen Misserfolg gar nicht leisten. Es ist die letzte Chance, diese vielfachen Anstrengungen für die MDGs auf den Punkt zu bringen und die Umsetzung für die nächsten fünf Jahre zu unterstützen. Es haben schon 146 Staats- und Regierungschefs ihr Kommen zugesagt. Das ist nach den Kopenhagener Erfahrungen erstaunlich und zeigt, wie wichtig das Thema ist und wie groß unsere Chance ist. Gegenstand des Gipfels wird sein, was ich als gegenseitige Rechenschaftspflicht bezeichne. Da kommen sehr viele Fragen hinein, die gestellt worden sind. Das Verhältnis zwischen Geber- und Nehmerstaaten. Auf der einen Seite natürlich die Verantwortung, Versprechungen wirklich umzusetzen, das zu leisten, was wir versprochen haben. Man kann auch in einer schwierigen Wirtschaftskrise nicht sagen, ich komme mit meinen Verpflichtungen des privaten Schuldenabbaus nicht klar. Es wird vorausgesetzt, auch für die Voraussichtbarkeit der Maßnahmen, die umgesetzt werden müssen. Auf der anderen Seite natürlich müssten die Empfängerländer innerhalb ihrer nationalen Entwicklungspläne zeigen, dass es ihnen wichtig ist und einen Teil ihres eigenen Budgets für den Aufbau von Gesundheitssystemen und für die Nahrungsmittelsicherheit reservieren und einsetzen. Das ist genau ein Teil dieser gegenseitigen Rechenschaftspflicht, von der wir sprechen. Und das ist auch dieses kooperative Verhältnis, das immer besser wird, nicht perfekt ist, aber immer besser zwischen Geber- und Nehmerländern. Ich bin natürlich nicht hier, um Deutschland zu schulmeistern und zu sagen, was Sie genau tun müssen. Aber Deutschland hat sowohl 2000 als auch 2005 den Konsens mitgetragen, die acht Entwicklungsziele zu definieren und auch zuzusagen, diese Ziele umzusetzen. Das ist natürlich die Verantwortung Deutschlands im Rahmen, im Rahmen dieses globalen Verpflichtungsschemas sich das zu leisten, was versprochen worden ist. Es geht nicht nur um Geld. Aber es geht natürlich auch um Geld. Diese Verpflichtung, einen bestimmten Prozentsatz des BSP für internationale Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, das ist schon sehr wichtig. Wie das Geld dann umgesetzt wird, ist ebenso wichtig. Argumente wie Antikorrruption, die spielen natürlich eine Rolle. Als einer der Verhandler der Antikorrruptionskonvention sehe ich das als einen ganz wichtigen Teil. Aber das ist ein Teil der Global Good Governance. Da haben einige Staaten, gerade in Afrika, in den letzten zehn Jahren sehr viel geleistet. Da gibt es wirklich positive

Erfahrungen. Was ich besonders wichtig finde, sind Kohäsion und Koordination der Entwicklungsziele. Das Ergebnis des Gipfels, das ein ganz klarer Aktionskatalog sein muss, ganz klare Aktionen, die in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden müssen, muss natürlich integriert sein. Ich will davor warnen, diese MDGs zu priorisieren. Die hängen alle extrem miteinander zusammen. Wenn ich eines dieser kleinen Puzzles herausnehme, habe ich ein Loch im großen Bild, und ich bekomme kein einheitliches Ergebnis. Wenn es nicht gelingt, Toiletten für Mädchen in Schulen zu bauen, schicken die Eltern die Mädchen einfach nicht in die Schule. Das heißt, dann haben sie auch keinen Zugang zu Nahrungsmitteln, zur medizinischen Grundversorgung usw. Also das hängt alles zusammen, und das muss auch einheitlich gesehen werden.

Wenn ich zwei Sachen herausheben darf, die mir persönlich wichtig sind in diesen nächsten fünf Jahren, dann sind das Jobs. Man kann keine Entwicklung aufbauen. Menschen können ihr Leben in Zukunft nur in die Hand nehmen, wenn sie ein voraussehbares Einkommen haben. Eine Arbeit, die sozial abgesichert ist. Sonst kann ich keine Familie bauen, ich kann kein Haus bauen, ich kann nicht investieren, ich kann nicht einmal als Landwirt in Kenia Credit Lines aufnehmen, wenn ich es nicht mehr zurückzahlen kann, wenn ich keine Garantie eines gewissen Einkommens habe. Jobs sind sehr wichtig. Gerade in den Zeiten heute, Ende der Rezession, wieder aufschwingende Wirtschaft. Wenn wir zurückkommen wollen auf den Punkt, auf dem wir beschäftigungspolitisch waren zum Zeitpunkt als die Krise ausgebrochen ist, so vor zwei Jahren, müssten wir in den nächsten fünf Jahren 300 Millionen Arbeitsplätze, um wieder dorthin zurückzukommen, wo wir vor zwei Jahren waren. Das Thema der Working poor – 800 Millionen Menschen arbeiten heute, ohne in der Lage zu sein, ihrer Familie Zugang zu medizinischer Grundversorgung, zu sauberem Wasser, zu Hygiene, zur Aufwärtsmobilität damit zu ermöglichen. Also diese Jobs sind sehr wichtig.

Der letzte Punkt – soziale Sicherheitsnetze. Man hat gerade jetzt in der Krise gesehen, die Staaten, die am widerstandsfähigsten waren gegen die Krise, waren jene, die die besten Sicherheitsnetze haben. Und die kann ich nicht ad hoc aufbauen. Wenn wir uns anschauen, die größten Errungenschaften in der Umsetzung der MDGs können wir in Lateinamerika bezeichnen, die kohärentesten. Vor 30 Jahren waren in Lateinamerika, Sie erinnern sich sehr wohl, hauptsächlich Diktaturen mit unglaublichen Ungleichgewichten. Wenn wir uns Brasilien anschauen – die zweigrößten Ungleichgewichte damals global. Wenn wir uns heute diese Länder anschauen, da gibt es wirklich Fortschritt. Warum gibt es Fortschritt? Ich gebe Ihnen ein kleines Beispiel, es kommt aus Brasilien, "Bolsa Familia". Da wird ganz klar politisch beschlossen, dass sich die Kinder- oder Elternbeihilfe verdoppelt, wenn die Kinder in die Schule kommen. Das hat unglaublich viele Effekte. Die Kinder kriegen nicht nur Bildung, sie kriegen auch medizinische Grundversorgung, sie werden ausreichend ernährt. Man trifft sehr viel dieser Ziele auf einmal. 79 Millionen Brasilianer sind Nutznießer dieses Programms bis jetzt. Das sind 39 Prozent der

Gesamtbevölkerung. Wissen Sie, was das kostet? 0,4 Prozent des Budgets! Das sind die Kosten. 0,4 des brasilianischen Budgets, um 79 Millionen Brasilianer in dieses Sicherheitsnetz zu integrieren. Das sind natürlich Millionen von Familien, die erstmals in ihrer Geschichte mehr Geld zur Verfügung haben werden, als sie zum nackten Überleben brauchen. Das heißt, sie werden aktive Mitglieder der Märkte. Das heißt, über die Umweltrentabilität rechnet sich das natürlich sehr schnell. Das ist nur in Brasilien so. Das gibt es auch in Mexiko und vielen anderen Staaten. Es liegt natürlich in Ihrer Entscheidung, in diesen Zeiten der Krisen, dort zu investieren, wo es immer am wichtigsten ist. Die Zivilgesellschaften werden schon Anleitungen geben und die Politiker darauf aufmerksam machen, dass es gewisse Ziele gibt, die über diese kurzen Wahlzyklen hinausgehen. Eines davon ist die globale Solidarität und Investment in den Abbau von Ungleichgewichten, die, wenn wir es nicht mehr kontrollieren können, zu Krisen führen – wie jetzt die Wirtschaftskrise – oder zu Hungerkrisen wie vor zwei Jahren, als Hungerrevolten in 32 Ländern plötzlich den Zugang zu Nahrungsmitteln zu einem Sicherheitsproblem gemacht haben, wo zum ersten Mal in der Geschichte der UNO der Präsident des Sicherheitsrates an einer ECOSOC-Sitzung teilgenommen hat.

Die Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank, Herr Stelzer. Ich bitte Herrn Seitz und Frau Bähr, sich kurzzufassen.

Dr. Klaus Seitz (Brot für die Welt): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. GAP-Reform. Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik wurde verschiedentlich angesprochen. Ich denke, dass diese Reform der europäischen Agrarpolitik auch eine große Chance ist, unsere Agrarhandelspolitik und unsere landwirtschaftliche Strukturen international verträglich zu gestalten. Dazu reicht es nicht aus, welche Vorschläge bislang auf dem Tisch liegen. Also Abschaffung der Exporterstattungen allein kann es nicht sein. Das ist zweifellos notwendig, es bedarf zusätzlich aber auch der Kürzung und Abschaffung aller Subventionen, die wettbewerbsverzerrende Effekte haben. Unter anderem Investitionsbeihilfen für Kapazitätssteigerungen in allen exportorientierten Bereichen, zum Beispiel der Schweinemast oder anderen. Beispiele finden Sie in dem Statement. Zusätzlich scheint es mir aber wichtig zu sein, nicht nur die Wettbewerbseffekte der europäischen Agrarpolitik zu berücksichtigen, sondern auch dafür zu sorgen, dass wir unseren enormen Bedarf an billigen Futtermitteln und vor allem an Alkoholsprit reduzieren. Das heißt, eine klimafreundliche und starke auf den Binnenmarkt orientierte landwirtschaftliche Entwicklung zu vollziehen, die nicht darauf angewiesen ist, dass wir verstärkt Ressourcen aus dem Süden abziehen.

Im Bereich der ländlichen Entwicklung wurde von Herr Hoppe gefragt, wie das eigentlich mit den Investitionen ist. Zunächst nur mal zu den Zahlen. Die Maputo-Zahlen für die Staaten des Südens, die sind in einer Grafik in meinem Statement auch abgebildet, die sind drastisch

zurückgegangen. Die Staaten des Südens haben weniger Mittel investiert, das liegt zwischen drei und sechs Prozent, entgegen ihrer alten Verpflichtung. Aber es ist zweifellos so, dass nicht alle dieser Investitionen für die Förderung von Landwirtschaft und Ernährungssicherung positiv sind. Wir wissen im Moment noch nicht so richtig, was mit den versprochenen 20 Milliarden Dollar tatsächlich geschieht, wofür diese verwendet werden. Ich bedaure es, dass hier nicht das Komitee für Ernährungssicherung als das Gremium, das geschaffen worden ist von den Vereinten Nationen, der FAO unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, diese neue Ernährungssicherungsarchitektur regelt und dort auch diese Mittel verwalten kann. Aus unserer Sicht ist es dringend notwendig, dass diese Mittel sich an die Prinzipien, an die Studien des Weltnahrungsmittels halten. Das heißt vor allem armenorientiert ausgegeben werden und eine kleinbäuerliche nachhaltige Landwirtschaft fördern und eben nicht in Bereiche der exportorientierten oder der gentechnisch aufgepeppten Landwirtschaft gehen. Dieser Gefahr ist aber nicht vorgebeugt.

Die Frage war, was ist im Bereich der Ernährungssicherung ganz besonders wichtig. Zunächst für die Staaten des Südens, denke ich, muss vor allem die Importabhängigkeit von Nahrungsmitteln enorm reduziert werden. Die gesamte Zahl der Least Developed Countries ist im Zuge der 90er Jahre in Folge des Agreement on Agriculture der WTO durch die Bank importabhängig geworden von der ursprünglichen Selbstversorgungslandwirtschaft. Es muss dringen weggefahren werden auch durch entsprechende Stärkung von Schutzmechanismen, die es den Staaten erlauben, im Falle von Ernährungskrisen die Einfuhr von Dumpingimporten zu behindern.

Der Hinweis von Herrn Leibrecht, den will ich durchaus positiv aufnehmen, in dem Sie sagten, Ihr sprecht gar nicht von der Verantwortung der Staaten selbst. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die von mir vorgetragene Position, aber auch die von VENRO, dass wir einen menschenrechtsorientierten Ansatz brauchen für die Umsetzung der MDGs ausdrücklich diese Verantwortung der Staaten im Süden selbst akzentuiert, weil nämlich die Menschenrechtsforderungen etwas sind, was die Menschen an ihre Staaten stellen, sie umzusetzen. Das bedeutet aber nicht nur eine Forderung, dass die Menschen im Süden in der Lage sind, diese Rechte auf Nahrung und auf Wasser und auf soziale Sicherung über die eigenen Staaten einzuklagen, sondern das bedeutet natürlich auch, die menschenrechtlichen Verpflichtungen der Geberstaaten dafür zu sorgen, dass ihre Politik nicht Menschenrechte in anderen Ländern verletzt.

Ein letztes Wort zu den angesprochenen Fragen der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, die ich auch für sinnvoll und notwendig halte. Aber gerade in dem Bereich der sozialen Sicherung, den Herr Stelzer noch mal ansprach, als Instrument der Armutsbekämpfung stärker zu bewerten, halte ich für dringend notwendig auch im Sinne des Bundestagsbeschlusses vom März 2008. Die Art und Weise, wie das im Moment umgesetzt wird auch im Sektorkonzept halten wir allerdings

nicht für hinreichend, weil zum Beispiel der Bereich der sozialen Grundsicherung weitgehend ausgeblendet ist und man im Moment den Eindruck hat, dass vor allem versicherungsbasierte Ansätze im Vordergrund stehen, Mikroversicherungen, die ich – ehrlich gesagt – wie sie im Moment geschaltet sind, eher als eine Unterstützung für die deutsche Versicherungswirtschaft werte als ein Konzept, das wirklich der sozialen Sicherung der Betroffenen dient. Das bringt mich noch einmal zu der Frage – konsequente Armutsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit heißt eben Nichtorientierung an wirtschaftlichen Eigeninteressen. Ich denke, die Entwicklungspolitik hat das Mandat, hier die Interessen von ein Fünftel der extrem armen Menschheit hier in deutsche Politik reinzubringen. Das ist Ihre Aufgabe als Abgeordnete im AwZ, dieses Mandat hier reinzubringen und gegen eine Vereinnahmung, Instrumentalisierung wirtschaftlicher oder außenpolitischer Eigeninteressen zu verteidigen. Deshalb ist eine konsequente Armenorientierung der Entwicklungspolitik unverzichtbar, um die MDGs zu erreichen.

Renate Bähr (Geschäftsführerin DSW): Zwei Fragen kamen von Herrn Kekeritz. Bei der ersten ging es darum, spielen sich die unterschiedlichen Krankheiten, spielen die sich nicht gegeneinander aus, gibt es da nicht eine Konkurrenz, Wie läuft da die Zusammenarbeit. Ich denke, Sie spielen vor allem auf die Frage an HIV/AIDS versus Familienplanung an. Das klang jedenfalls so durch. Ich denke, die letzten zehn, fünfzehn Jahre waren in der Tat sehr stark geprägt von genau dieser auch sexuell übertragbaren Krankheit. HIV/AIDS standen im Mittelpunkt. Der globale Fonds ist eingerichtet worden. Das Ganze ging zulasten von Familienplanung. Da gibt es Statistiken. Genau in diesem Zeitraum sind die Familienplanungsausgaben um die Hälfte zurückgegangen. Ich denke, die Situation hat sich verändert. AIDS ist nach wie vor, wir dürfen nicht glauben, dass die Gefahr gebannt ist, große Warnung hier, kein großes Thema gewesen, es ist mir aber wichtig, das noch einmal zu sagen. Wir dürfen nicht glauben, da gibt es Fortschritte, und wir lehnen uns zurück. Ganz im Gegenteil, ich denke, gerade die Prävention ist extrem wichtig und darf nicht aus dem Auge verloren werden. Aber das Thema Familienplanung ist in der Tat ein wenig im Kommen, und das sehen auch die Länder selber, dass sie das brauchen. Übrigens die meisten Entwicklungsländer sehen, dass ihr Bevölkerungswachstum zu hoch ist. Das Ganze geht aber über die Müttergesundheit als Thema. Ich sagte es schon, der Indikator, der 2005 dazugekommen ist, Zugang zur Familienplanung, zur Erreichung des MDGs 5 zu nehmen war auch ein ganz maßgeblicher Schritt in die Richtung. Globaler Fonds überlegt ja auch eine Ausweitung auf das Thema MDG 5, MDG 4, also die Gesundheit mit einzubeziehen. Darüber könnte man kräftig streiten und noch mal lange reden. Es ist sicherlich möglich, nur dann muss es noch wesentlich mehr Geld für den Globalen Fonds geben. Zu sagen, macht mehr, ihr kriegt auch ein bisschen mehr, ich denke, das funktioniert nicht. Ich denke, es geht eher darum zu gucken, welches Instrument schafft man, um

diese Frage MDG 4, MDG 5 voranzubringen. Es gibt ja die Partnership, und auch der UN-Generalsekretär hat ein Plädoyer gemacht. In Kanada wird es jetzt auf der Tagesordnung sein. Ich hoffe, dass die Deutschen das nicht nur verbal politisch unterstützen, sondern auch finanziell. Ich denke, da gibt es eine Zusammenarbeit.

Die zweite Frage war horizontale versus vertikale Gesundheitsfragen. Es gibt sicherlich Krankheiten, die in weitem Maße zu bekämpfen sind, ohne ein gutes Gesundheitssystem. Polio zum Beispiel oder auch die ganzen Impfkationen. Da kann man etwas tun, und man braucht kein gutes Gesundheitssystem. Ich denke, gerade bei der Frage Müttergesundheit wird es sehr deutlich, dass die Interventionen vertikal nicht reichen. Man braucht wirklich ein Gesundheitssystem. Man kann auch sagen, bei der AIDS-Behandlung ist es dasselbe. Wenn das Gesundheitssystem nicht stimmt, dann werden Medikamente nicht eingenommen, sie sind nicht verfügbar. Alles hat Grenzen, alles hat eine Eigenbedeutung, aber wir brauchen beides.

Die dritte Frage kam noch mal zum Thema TRIPS plus. Da geht es in der Tat um die Verfügbarkeit von Medikamenten für diejenigen, die eigentlich nicht das Potential haben, selbige zu erwerben. Also, wo kriegt man preiswerte Medikamente? Da kann ich nur noch zu sagen, das ein Punkt hier gar nicht angesprochen wurde, der genauso wichtig ist. Das ist nämlich die Frage Forschung und Entwicklung für diese vernachlässigten Krankheiten. Es gibt immer noch kein AIDS-Impfstoff, und es gibt immer noch keine Medikamente für die TB-Behandlung, die dort gebraucht werden. Da ist eine Menge zu tun. Das ist auch für mich eine Aufgabe, die in den Bereich der Entwicklungspolitik gehört, auch wenn sie in Deutschland im Vorstandsministerium verankert ist.

Eine allerletzte Bemerkung, und da gehe ich noch einmal auf das ein, was Herr Leibrecht sagte und Frau Weiss. Es klang immer wieder an, korrupte Systeme, Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit. Ich denke, ein Wort ist hier viel zu wenig gefallen. Das klang eben bei Ihnen an, Herr Stelzer, nämlich die Zivilgesellschaft. Ich denke, wir haben hier in Deutschland eine gute Zivilgesellschaft, man sieht sie da auf der Tribüne sitzen, die auch zusammenarbeitet mit dem Parlament, mit der Regierung und dort Inputs gibt und Dinge initiiert. In den Entwicklungsländern, gerade in Subsahara, ist die Zivilgesellschaft extrem schwach. Alle Bemühungen auch von deutscher Seite auch vom BMZ, die Zivilgesellschaft in den Ländern zu fördern, sind nicht sehr ausgeprägt. Wir denken immer noch viel stark in Projekten. Und dann machen wir das Wasserprojekt, dann machen wir das Bildungsprojekt. Aber ich glaube, was wirklich nötig tut und eine Katalysatorwirkung erzeugen kann, ist, die Zivilgesellschaft zu stärken in der Form, dass sie auch ihre Lobbyfunktion wahrnimmt. Das wird auch von Abgeordneten in den Ländern eingefordert. Ich spreche jetzt von den vier Ländern, in denen wir Länderbüros haben und wo wir auch verankert sind und genau diese Arbeit mit den Abgeordneten, die das System ändern wollen, zusammenarbeiten. Auch die gibt es dort. Die müssen gestärkt werden,

die brauchen die Zivilgesellschaft. Ich denke, das ist in der Tat etwas, wo man viel bewirken könnte und auch wiederum gar nicht so viel investieren müsste.

PSts'in Gudrun Kopp (BMZ): Ganz kurz ein paar Punkte. Zusagen einhalten, Ja! Die Bundeskanzlerin hat erst vor wenigen Tagen noch einmal öffentlich klargemacht, dass sich die Bundesregierung an Zusagen halten wird. Zum ODA-Plan möchte ich eben noch ein paar Referenzdaten sagen. Wir hatten 2004 eine ODA-Quote von 0,28. 2005 von 0,36, und zwar durch eine einmalige Entschuldungsaktion. 2009 bei 0,38. Und 2010 aller Voraussicht nach werden wir bei 0,41 landen. Wir haben immerhin jetzt für den Haushalt 2010 einen Aufwuchs des BMZ um 600 Millionen Euro. Das ist zwar längst noch nicht genug, aber es ist ein großer Schritt. Wir müssen ja sehen, woher kommen wir, wohin gehen wir. Ich habe die Zahlen eben genannt. Würden wir von der letzten Regierung zur jetzigen den Aufbau auf die 0,51 Prozent geschafft haben, dann hätten wir fast drei Milliarden Euro drauflegen müssen. Ich will das nur mal als Referenzsumme sagen. Wir tun, was wir können, um an der Stelle wirklich weiterzukommen.

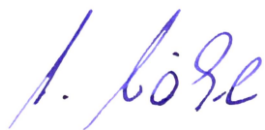
Agrarexportsubventionen waren ein sehr wichtiger Punkt. Ich will erinnern an die Vereinbarung, die die Minister Niebel und die Ministerin Aigner gerade dieser Tage veröffentlicht haben. Beide haben erklärt, dass, unabhängig vom Abschluss der Doha-Runde, die Agrarexportsubventionen von 10,2 Milliarden auf 649 Millionen Euro bis 2013 gesenkt werden sollen. Ich finde, auch das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, das in die richtige Richtung geht und auch wirklich zeigt, dass hier Entschlusskraft vorhanden ist, dort weiterzukommen. Natürlich gibt es darüber hinaus weitere Handelshemmnisse, die wir auch angehen müssen. Das ist gar keine Frage. Der Abschluss der Doha-Runde ist in jedem Fall wichtig, daran muss auch gearbeitet werden. Mir ist wichtig zu sagen, wie sieht es eigentlich aus mit einem verbindlichen ODA-Stufenplan. Da kann ich nur darauf verweisen, dass das Parlament und damit auch die Entscheidung über den jeweiligen Haushalt hier im Vordergrund stehen. Wir können nicht über den Haushaltsausschuss, über das Parlament hinweg sagen, was zu geschehen hat. Das müssen wir in gemeinsamer Arbeit verrichten.

Es gab die Frage nach Kohärenz auf der EU-Ebene. Da will ich nur kurz darauf verweisen, dass der EU-Ministerrat gehalten ist, am Beginn der Tätigkeit die entwicklungspolitischen Vorhaben und ihre Wirkungen zu evaluieren und die Kohärenz öffentlich darzustellen. Auch das geschieht und ist auch notwendig. Was mir heute gefehlt hat bei der Anhörung, ist ein breiterer Ansatz. MDGs – alle acht Einzelziele sind extrem wichtig, aber wir müssen auch das gesamte Anliegen sehen. Entwicklungspolitik haben wir übergreifend zu sehen. Ich will als Beispiel sagen, dass das Thema Good Governance eine riesengroße Rolle auch dabei spielt. Wir müssen bei unserer Arbeit auch sehen, dass wir die Regierungen in den Entwicklungsländern beraten, in die Lage versetzen, wirklich Systeme vor Ort aufzubauen. Zum Beispiel Finanzsysteme, auch Gesundheitssysteme, damit eben hier auch eine größere Breitenwirkung erfolgen kann. Das ist

nicht einfach, aber ich will als positives Beispiel Mali nennen und auch noch mal sehr ausführlich darauf hinweisen, dass bei einer Rohstoffstrategie, die wir in der Bundesregierung gerade abstimmen ressortübergreifend, es natürlich wichtig ist und für uns auch interessant ist, was mit den Erlösen aus Rohstoffeinnahmen geschieht bei den jeweiligen Regierungen. Wir haben den Ansatz, dass die Regierungen mit dem Geld etwas anfangen im Sinne von Ernährungssicherung, von mehr Gesundheit, von Bildung im Volk vor Ort, dass dort das Geld ankommt, und das ist im Moment leider weniger der Fall. Da erwähne ich noch mal beim Thema Rohstoffstrategie die ITT, was eine Vereinigung ist, der auch inzwischen große deutsche Unternehmen angehören, die sich einem Kodex verpflichtet fühlen zu einer guten Unternehmensstrategie, wie eben Core Labor Standards und all diese Dinge, damit der Rohstoffabbau auch so erfolgt, dass die Menschen gesundheitlich und was die Arbeit betrifft davon tatsächlich profitieren können. Wir brauchen die Gesamtsicht auf die Entwicklungspolitik, und dahinein gehören natürlich auch die Gesundheitsförderung und die Ernährungssicherung. Nicht umsonst hat die Bundesregierung einen besonderen Schwerpunkt gelegt, insbesondere das BMZ, auf die Entwicklung des ländlichen Raumes. Da liegt der Schlüssel für die Ernährung. Es muss darum gehen, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, um die Länder zu ertüchtigen, bessere Verhältnisse vor Ort zu schaffen. Das kann man nicht erreichen nur mit Geld, aber auch mit Geld, aber auch mit einer höheren Wirksamkeit der Mittel und mit einer wirklichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe. All das spielt rein und ist für ein Gelingen der Entwicklungspolitik wichtig. Vielen Dank!

Die Vorsitzende: Vielen Dank Frau Staatssekretärin. Ich bedanke mich vielmals bei den Sachverständigen, dass sie uns so kompetent hier heute Auskunft gegeben haben. Ich bitte dann auch alle, die nicht zum Ausschuss gehören, uns zu verlassen.

Ende der Sitzung: 12.30 Uhr



Dagmar Wöhrl, MdB

Vorsitzende